

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinden) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Monatspreis pro Quartal M. 1 (ohne Beilage),
bei Auslieferung unter Kreuzgrund M. 1,40.

Herausgeber: Johann Staining,
verantwortlicher Redakteur: Heinrich Paetzow, Welle in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Bremmerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die diergepaßte Zeitzeile oder deren Raum 80 g.
Postkatalog Nr. 8264.

Inhalt: Die neue Flottenvorlage. — Kündschau. — Gewerbeleben. — Lohnbewegungen und Streiks. — Die Sozialbewegung in Stuttgart. — Die italienische Bewegung in Deutschland. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefstücken.

Die neue Flottenvorlage.

Berlin, 11. Februar.

Der Reichstag erledigte in den Sitzungen der letzten drei Tage die erste Verabsiedlung der Novelle zum Flottengesetz — eine Vorlage, die seit Monaten das Interesse der weitesten Volkskreise in Anspruch nimmt. Es handelt sich da um eine Frage, bezw. um mehrere zusammenhängende Fragen, von so erheblicher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung, daß die Arbeitervorstände nicht unberührt daran vorübergehen können, um die Interessen der Arbeiterklasse hervorragend mit in Betracht zu kommen. Wie wollen uns beweisen, diese Information in möglichst gemeinverständlicher Weise zu geben.

Die Entwicklung der Kriegsmarine seit Gründung des Reiches bietet ein sehr lehrreiches Bild. Im Jahre 1872 wurden für dieselbe an fortbauenden und einmaligen Ausgaben zu 31 Millionen Mark gebraucht. Seitdem sind diese Ausgaben Jahr um Jahr zu immer gewaltiger Höhe angewachsen, so daß bis zum Jahre 1897 ihre Summe sich auf 1522 Millionen, mehr als anderthalb Milliarden, beläuft. Seit der Thronbesteigung des Kaisers Wilhelm II., 1888, also binnen elf Jahren, beträgt die Ausgabe nahezu 750 Millionen Mark.

Das Wachsthum der Marine resultierte zunächst aus der Erwägung allgemeiner politischer und militärischer Interessen, der Verhübung unserer Küsten gegen Angriff feindlicher Flotten usw. Das Hauptgewicht für die Verhübung des Landes legte man bis vor etwa zehn Jahren auf das Heer, die Landmacht. Als dann im Jahre 1884 die so sehr bedeutsame Kolonialpolitik des Reiches begann und die ersten kolonialen Erwerbungen in Afrika stattgefunden hatten, was den bisherigen Kreisen Wohl geboten, unter dem Gesichtspunkte „unsrer überseelischen Interessen“ eine Verstärkung bezw. Vermehrung der Kriegsflotte durchzusehen. Hatten bis dahin noch Ansicht der Autoritäten Schiffe von geringerer Bedeutung (Kreuzer, Torpedoboote usw.) genügt, so ging es nunmehr an den etwas kostspieligen Bau von gewaltigen Kriegsschiffen. Gedes selben kostete damals ohne Ausrüstung 3½ Millionen Mark.

Mit der Kolonialpolitik war der Anstoß gegeben, die Entwicklung der Flotte in der Richtung zu einer sogenannten „Weltmachtspolitik“ zu geben, von der man sagt, daß sie die Tenzen habe, die „Interessen und die Ehre des Deutschen“ in aller Welt gegen Schädigung und Verunglimpfung zu wahren.

Schon damals regte sich die Flottenpropaganda, ausgehend von gewissen Leuten, besonders Großindustriellen und spekulativen Geldmännern aller Art, die ein Sonderinteresse sowohl am Bau von Kriegsschiffen als auch an der „Weltpolitik“ haben.

Zum klaren Durchbruch und zu einer förmlichen programmatischen Darlegung gelangte diese Politik in den letzten zehn Jahren. Der Kaiser befand sich zu der Idee, daß das Deutsche Reich seine Ausgestaltung und Festigung als Weltmacht auf dem Wasser suchen müsse.

Die Folge war, daß neue und zwar ganz außerordentliche Gebäudewünschen gemacht wurden, die Flotte so auszugestalten, daß sie, wie man sagt, „der Weltmachtspolitik gerecht zu werden vermöge“. In den sechs Jahren von 1889 bis 1895 betrugen die einmaligen Ausgaben für die Marine nahezu 200 Millionen Mark, während die fortdauernden Ausgaben eine Steigerung von 39 auf 50 Millionen Mark erfuhrten. Es kam hinzu eine außerordentliche Steigerung des Militärteils um 95 Millionen Mark.

Selbstverständlich fielen die stetig wachsenden Summen, welche der Land- und Wasserministerium verlangt, nicht vom Himmel. Sie mußten erbracht werden. Zu diesem Zweck nahm man seine Zuflucht zu folgendem System:

Da die ordentlichen Neinahmen bei Weitem nicht langten, so machte das Reich Schulden. Während diese Schulden sich im Jahre 1878 auf die verhältnismäßig sehr geringe Summe von 72 Millionen Mark beliefen, waren sie im Jahre 1888 bereits auf 721 Millionen gestiegen, um dann bis zum Jahre 1898 die ungeheure Höhe von weit über zweieinhalb Milliarden Mark zu erreichen. Bis 1898 sind für diese Schulden insgesamt zu 113 Millionen Mark Zinsen gezahlt worden.

Es ist zu beachten, daß die großen Kapitalisten ein großes Interesse daran haben, daß möglichst viele Neigungs- bzw. Staatschulden gemacht werden, denn dieselben gewähren ja eine sichere, rentable Kapitalanlage. Das Volk muß die Zinsen zahlen und ist schließlich auch haftbar für die Schulden.

Den wesentlichsten Theil bezw. die Grundlage des Reichsfinanzsystems bildet die indirekte Belastung des Volkes durch Besteuerung und Verbrauchsabgaben, gelegt auf die notwendigsten Konsummittel. Die indirekte Steuerlast wuchs naturgemäß in denselben Maße, wie der Weltmachtstaat mit seinen Ausgaben für Heer und Marine. Im Jahre 1875 bezifferte sich dieser Staat auf 875 Mill. Mark, im Jahre 1899 aber auf 1484 Mill. Mark, also auf mehr als das Doppelte. Bis zum Jahre 1878 war die indirekte Steuerlast verhältnismäßig gering; sie betrug zwar 187 Mill. Mark, d. i. etwa M. 7 auf den Kopf der Bevölkerung. Im Jahre 1898 belief sie sich auf das Dreifache, nämlich 715 Mill. Mark oder etwa M. 16 auf den Kopf der Bevölkerung. Darauf entfallen auf eine Familie von fünf Köpfen jährlich M. 50 an indirekten Abgaben. In Wirklichkeit ist diese Summe für Arbeiterfamilien durchschnittlich noch viel höher.

Das war die finanzielle Lage der Dinge, als im Jahre 1897 den Reichstag ein neues Flottengesetz vorgelegt wurde. Die reaktionäre Mehrheit des Reichstages legte für sechs Jahre die Summe von nahezu 1000 Millionen Mark für Schiffsbau auf. Voraussetzung war, daß durch diese Bewilligung die Regierung gebunden sei, binnen sechs Jahren mit neuen Forderungen nicht an den Reichstag heranzutreten. Die Regierung gab diesbezüglich auch ganz bündig und klar Erklärungen ab.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte bei Verabsiedlung dieses neuen Flottengesetzes beantragt, wenigstens einen Theil der Ausgaben für die Marine auf dem Wege einer progressiven Weltbevölkerungswelt, beginnend b. jährlichem Einkommen von mehr als M. 6000, aufzubringen. Der Reichstag schonte jedoch diese Forderung ab und ließ es dabei bewenden, im § 8 des Gesetzes zu bestimmen, daß der Mehrbetrag nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsteuern gedeckt werden darf.

Allerdings setzte die Flottenpropaganda sehr lebhaft, als autor wieder ein, um den Volke den Glauben beizubringen, daß die benötigte Verstärkung der Flotte noch lange nicht ausreichend sei. Es erwies sich, daß die Propaganda jetzt hauptsächlich von einzigen Großindustriellen betrieben wurde, die am Schiffbau ein persönliches geschäftliches Interesse haben.

Im Oktober 1899 wurde die politische Welt überrascht durch eine Rede, die der Kaiser in Hamburg hielt, in welcher er behauptete, daß die Flotte nicht genüge, und daß es notwendig sei, daß dieselbe mehr Opfer zu bringen. Daraus ergab sich für jeden einsichtsvollen Politiker die Gewissheit, daß — entgegen den Voraussetzungen, auf Grund welcher im Jahre 1898 das Flottengesetz zu Stande gekommen war — eine neue Flottenvorlage zu erwarten sei. Diese Vorlage wurde denn auch alsbald offiziell mitgeteilt und ging sodann Ende Januar dieses Jahres dem Reichstag zu. Es soll darnach die Schlachtflotte gegen 1899 mehr als verdreifacht, die Großkreuzerflotte verhöppelt und die Kleinkreuzerflotte

nahezu verhöppelt werden, so daß der Werth dieser Flotten dann nahe an 1½ Milliarden eine Mark betragen würde. Das Marinepersonal, welches nach dem Stat. des laufenden Jahres 28204 Köpfe beträgt, soll eine Verstärkung von 35.511 Köpfen erfahren. Was die Kosten anlangt, die für Jahre festgelegt werden sollen, so lassen sich dieselben nach der Vorlage auch nicht annähernd genau berechnen. Doch dürften sie Alles in Allem die ungeheure Summe von 4 Milliarden bedeutend überschreiten. Dazu ist die geradezu unerhörte Thatsache zu berücksichtigen, daß die Vorlage sich über die Frage, wie diese Summe aufgebracht werden soll, leicht hinwegsieht mit der Erwagung, daß, wenn die ordentlichen Einnahmen nicht reichen, neue Einnahmequellen eröffneten bezw. neue Anleihen gemacht werden müssen!

Selbstverständlich werden die ordentlichen Einnahmen bei Weitem nicht reichen. Nunmehr der Reichstag das neue Gesetz an; so schafft es damit die Gewissheit, daß die „maßgebenden“ Faktoren sich bemühen werden, ihr ersten Anlauf das System der indirekten Steuern zu einer ergiebigeren Einnahmequelle zu machen.

Und wie begünstigt die Regierung diese neuen Forderungen? In den barbaren Haftstellen Witten wird beklagt, die übermäßige Verstärkung der Flotte sei töhlig, um der Weltmachtstellung Deutschlands willen, insbesondere um die Interessen des Handels zu fördern, die Handelsflotte zu beschleunigen und die „Ehre des deutschen Namens“ im Auslande zu verteidigen.

* * *

Die der Flottenvorlage gewidmeten Reichstagabgeordneten der leichten drei Tage sind durchaus nicht günstig für die Regierungsvorlage verlaufen. Den Vertretern der Regierung ist es nicht gelungen, die halbtote Begründung der Vorlage durch eine bessere zu ersetzen. Die einzelnen Parteien nahmen zu der Vorlage eine mehr oder weniger präzise Stellung, ein, die wir in folgendem kurz skizzieren wollen:

Die Sozialdemokraten, für welche die Abgeordneten Frohme und Böbel das Wort führten, lehnen die Vorlage unbedingt ab, auf Grund der Erwagung, daß die Flottenvermehrung weder einem wirtschaftlichen Bedürfnis noch einem wirklichen Kultureresse entspreche, wie denn überhaupt die sogenannte Weltmachtspolitik eine höchst gefährliche und mit den Interessen des arbeitenden Volkes unvereinbare sei, speziell auch in der Rücksicht, daß durch sie die arbeitenden Klassen immer mehr bis zur Unmöglichkeit belastet werden.

Das Zentrum will an die Entscheidung der neuen Forderungen erst dann herantreten, wenn Sicherheit in der Deutung der gesetzlichen Fassung besteht. Es ist durch seinen Redner, den Abgeordneten Dr. Schäbler, erklärt, daß es für neue Steuern zu Lasten der arbeitenden Klassen nicht zu haben sein werde.

Der Freisinn Michler'scher Oberbank bestreitet unter Bezugnahme auf das Flottengesetz vom Jahre 1898 die Notwendigkeit einer übermäßigen Flottenverstärkung, zum Theil wesentlich aus denselben Gründen, welche Sozialdemokratie und Zentrum geltend machen.

Bedingungslos für die Vorlage erklären sich unter sogenannten „nationalen“ und „patriotischen“ Gesichtspunkten nur die Nationalliberalen und die Konservativen.

Soviel für heute. Auf einige der wichtigsten in den Artikeln erörterten Fragen werden wir in besonderen Artikel zurückkommen, so insbesondere auch die Frage: ob die Arbeiter ein Interesse daran haben, daß immer mehr Kriegsschiffe gebaut werden und Weltpolitik betrieben wird.

Kündschau.

* Der Vorstand des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bauingenieurwesen“ hat fürlich ein an die Bauunternehmer Deutschlands gerichtetes Flugblatt herausgegeben, in welchem wieder die alten Lügen über die Ursachen der Streiks aufgewärmt werden. Es wird diesbezüglich gelagert.

Es ist allgemein bekannt, daß es sich bei den Arbeitsaufstellungen häufig nicht nur um Verbesserung

der Lohn- und Arbeitsbedingungen als vielmehr um Kraftproben der Sozialdemokratie handelt, welche von den Agitatoren initiiert werden; und an deren Theilnahme nach die arbeitswilligen Elemente, häufig unter Anwendung der rohesten Gewaltmittel, gezwungen werden. Wo allgemeine Arbeitsentwicklungen nicht durchführbar oder ratsam erscheinen, wird zur Verhängung von Sperren über einzelne Betriebsstätte und Bauten geschritten, um auf diese Weise die Anerkennung der gefestigten Verhältnisse zu erzwingen. — Haben sich aber die Arbeitnehmer durch Versicherungen mit den Arbeitgebern gebunden, die festgelegten Löhne und Arbeitszeit innerhalb einer, so verhindern sie es neuerdings, ihre Macht dadurch zu betunen, daß sie die Arbeitsleistung willkürlich herabsetzen. Es besteht bei ihnen also das Prinzip: Erlangung hoher Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und möglichste Reduzierung des Arbeitsquants, um hierdurch künstlich einen dauernden Arbeitermangel herbeizuführen.

Das Ziel von den „Kraftproben der Sozialdemokratie“ und von den „Gewaltmitteln gegen die arbeitswilligen Elemente“ ist ja so oft von den Unternehmern der verschiedenen Branchen und in den verschiedenen Variationen gefangen und von der Arbeitspresse und den Arbeitervertretern ebenso oft als frivole Lüge gerauscht worden, so daß es fast nicht verloren, näher darauf einzugehen. Nicht ganz so alt ist die ebenfalls ganz unbegründete Behauptung der „unmöglichsten Bedeutung“ des Arbeitsquants. Es ist allerdings ohne Weiteres anzusehen, daß in einigen Großstädten die Arbeitsleistung des einzelnen Maurers quantitativ in den beiden letzten Jahren etwas zurückgegangen ist, gegenüber den vorhergehenden fünf oder zehn Jahren. Diese Arbeitsverminderung ist aber nicht das Ausdruck eines Bruchs, die Arbeitsleistung „willkürlich herabgesetzt“ und „möglichst zu reduzieren“, sondern es macht sich darin geltend, eine zu kurz gefundene Reaktion auf die bis dahin auf's Schmalloeste betriebene Ausbeutung.

Sind das etwa noch unentwendige Zustände gewesen, wie die Maurer und Bauarbeiter die vor kurzem in Berlin, Stettin, Magdeburg, Leipzig, Hanburg u. d. anderen großen Städten wohnten und schlafen mußten? Arbeiterschule kommt man das nicht mehr nennen. Wenn ein Maurer an einem Tage 1000 Biegel vermauerte, dann verlangte am nächsten Tage der Unternehmer die Vermauerung von 1200 und noch mehr Biegeln. Und bei anderen Arbeiten war es nicht anders. Ohne Unterloch, unter Androhung der Hungersuppe wurde der Arbeiter angelebt, und ohne Matz und Bett wußte dieser darauf los. Dies ist etwas anderes geworden bei den guten Bauunternehmen der letzten Jahre und momentlich infolge der Erstellung der Arbeiterorganisation. Die Arbeiter haben wieder den Mut gefunden, sich gegen die übermäßige Ausbeutung zu wahren. Dies ist aber auch bloß geschehen, wo infolge der raschstielenden Treiberei die Arbeitsleistung ein Maß angenommen hatte, das weit über der natürlichen Arbeitsmöglichkeit steht.

Wir sind allerdings der Meinung, daß auch in den meisten bürgerlichen Dörfern die von den Unternehmern geforderte Arbeitsleistung so hoch ist, und wie werden unter Maßnahmen dabei sein, die Maurer aufzutragen, daß sie sagen: Bis hier und nicht weiter! Die Arbeiter, aber auch sie nur allein, haben ein Recht, zu bestimmen, wieviel Arbeit geleistet werden kann und soll. Wie wollen faire Kaufmänner haben und erzählen, wie brauchen auch nicht zu beschreiben, daß dies geschieht. Denn die übergrößte Masse der Arbeiter hat keinen Sinn für Kaufmänner, sie ist heute vielmehr auf das Zwischenarbeiten gedrängt, und diese Eigenschaft ist sogar schwer zu überwinden. Es ist darum Pflicht der Arbeiter, in der Organisation Mittel und Wege zu finden, damit die Frage nach der Arbeitsleistung baldigst ge- regelt wird.

In dem Flugblatt des „Arbeitgeberbundes“ wir u. a. auch gefragt:

„Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Zentralleitung in Hamburg mit Vorliebe solche Gelegenheiten für Arbeitsleistung in's Auge sah, in die sozialdemokratischen Ideen bisher wenig Eingang gefunden haben, um die Unabhängigkeit der Arbeiter in weitere Freize zu tragen und ihrer Partei neue Kräfte zuzuführen. Die Arbeitnehmer vertrugen in solchen Fällen auf den Gang der Verhältnisse wenig oder gar keinen Einfluß zu haben und sind einfach dem Terrorismus der Agitatoren und ihrer überall zu findenden unzufriedenen Kollegen unterworfen.“

Diese Behauptung ist genau so, wahr wie die vorhergehenden, was ich schon daraus erriet, daß Arbeitsleistungen mit sozialdemokratischen Ideen garnicht zu ihnen haben. Es ist selbstverständlich, daß die Zentralleitung in Hamburg in den Gegenen, wo die Arbeiter noch der Organisation fern stehen, Agitation zwecks Zusammenbrüchen der Arbeiter entfaltet. Und wenn diese Vereinigung, der Anfang an den Centralverband erzielt ist, dann ist es allerdings in den meisten Fällen auch nicht mehr weit bis zur Arbeitsleistung. Dafür braucht aber keineswegs eine Agitation auszureißen. In Gegenheit der Zentralleitung muß bremsen. Das sie unter unwidrigen Verhältnissen arbeiten, wissen die Arbeiter auch in den zielgediebenen Gegenen. Sie haben bloß nicht gewagt, sich dagegen aufzulehnen. Haben sie aber einmal den Mut gefunden, sich der Organisation anzuschließen, dann fühlen sie sich auch stark genug, ihre Kräfte zu vereinen und ihren Ausbeutern vor die Füße zu werfen.

Zum Überber ist noch zu berichten, daß der Arbeitgeberbund den „bedrängten“ Unternehmern mit Wänderecken — also auch begabten Agitatoren — zu Hause kommen will, damit den „unserbördischen“ Übergriffen der sozialdemokratischen Agitatoren, sowohl in unserem Interesse wie im Interesse des bauenden Publikums und der arbeitswilligen Arbeiter entgegengesetzten werden kann.“

Wir wünschen den Unternehmern Wänderecken viel Glück und unseren Kollegen den Erfolg.

* Ausgewiesen. Aus Dresden wird uns geschrieben, daß der Maurer Gallenbeck, der beim letzten Streik der Streikteilung angehörte und wegen angeblicher Belästigung und Körperverletzung eines „Arbeitswilligen“ (s. soll dieser auf den Fuß getreten haben) zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, aus Dresden ausgewiesen worden ist. Zum 8. Februar erhielt F. eine polizeiliche Vorladung, und wurde ihm dann mitgeteilt, daß er Dresden binnen drei Tagen auf 24 Stunden aus 2 Jahren zu verlassen habe, unter Androhung von 7 Tagen Gefängnis für eine etwaige Übertretung des Strafbuchs. Als Gründe der Ausweisung wurden die vorwärts Gallenbeck, „Mitschuldigkeit“ und die Geschäftsführer Gallenbeck,

sich weiter an der Maurerbewegung zu beteiligen, angegeben. Vermischtes ist noch, daß Gallenbeck sächsischer Staatsangehöriger und seit ungefähr fünf Jahren in Dresden wohnhaft ist. — Wir kommen auf die ganz unverständliche Maßregel der Dresdener Polizei noch zurück.

* Wegen Verleihung des § 153 der Gewerbeordnung hatten sich am Mittwoch, den 21. Januar, die Kollegen Moritz Dünz und Albrecht Döck vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Elberfeld zu verantworten. Dieselben waren angeklagt, den Maurer Julius Sauerbier (Vorstand des Verbandsbundes von) durch Drohungen aufzufordern zu haben, seine Verpflichtungen gegenüber dem Verbände und dem Streikfonds nachzufolgen. Gegen den Kollegen Dünz konnte nichts Verlastendes vorgebracht werden, als daß er dem Sauerbier den Verbandsbuch und Streikfondsliste gezeigt habe. mit den Worten: was er gezahlt habe, könne doch wohl auch er (Sauerbier) zahlen. Kollege Döck soll zu Sauerbier gefragt haben, wann er seinen Streikfondsbeitrag nicht bezahlt sei, sei er ein Lump. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung 14 Tage Gefängnis gegen jeden Angeklagten, denn es sei erwiesen, daß der Sauerbier von einem Man nach dem anderen gezeigt worden sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Laube, der antrug für Dünz Freisprechung und führte aus, daß auch Kollege Döck nur wegen Belästigung bestraft werden könnte, da er wegen Belästigung keine Anklage gestellt sei, sei der ebenfalls freizusprechen. Kollege Dünz wurde freisprechend und Kollege Döck wurde auf Grund des § 153, zu einer Woche Gefängnis und zur Tragung der halben Kosten verurteilt.

* Etwa über die mecklenburgische Versammlungsfreiheit. In allen Staaten des Deutschen Reichs ist es den „Unterhänden“ mit mehr oder weniger Einschränkung gestattet, sich friedlich in geschlossenen Räumen zu versammeln, um über Fragen des öffentlichen Lebens und der Politik Beratungen zu pflegen und Beschlüsse zu fassen. Nur in Mecklenburg, dem Lande mit dem Deutzenhofswappen, ist es anders. Soll eine Versammlung zu politischen Zwecken stattfinden, dann muss dazu erst die Erlaubnis des Ministeriums eingeholt werden. Und zwar regelmäßig, obgleich die Erlaubnis des Ministeriums eingeholt werden soll, sobald die Führung der Versammlung von einer Partei ausgeht, die dem Ministerium nicht genehmigt ist. Aber auch öffentliche Gewerkschaftsversammlungen dehnt sich die Achtung aus. Selbst die Berufung auf § 152 der Gewerbeordnung nicht nicht; die Regierung wittert eben, daß in jeder Gewerkschaftsversammlung, sobald sie nicht nur aus Mitgliedern der einzelnen Berufsorganisationen zusammengesetzt ist, sozialdemokratische Parteipolitik getrieben werden soll und verbietet sie.

Zum Herbst v. J. befand sich unser Kollege Eichlein in Mecklenburg auf Agitation. Am 26. November v. J. sollte in Neubukow eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung stattfinden, die durch ein Interat in der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ bekannt gegeben war. dasselbe lautet:

Neubukow. Sonntag, 26. November, 5 Uhr. öffentliche Gewerkschaftsversammlung beim Gastwirt C. Eichlein. Referent E. Eichlein-Zwickau.

Der Einberuber.

Auf Grund dieses Interates nahm die Polizei Anlaß, die Versammlung zu verbieten. Der Einberuber gab sich mit dem Verbot jedoch nicht zufrieden, sondern wandte sich durch nachstehendes Schreiben beschwerdefähig an das Ministerium:

Jörnstorff, den 8. Dezember 1899.

Am Sonntag, den 26. November, Abends 5 Uhr, hatte Unterzeichner eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung im Hotel des Gastwirts C. Eichlein zu Neubukow einzuholen, als Referent war der Maurer E. Eichlein-Zwickau erschienen.

Aus der Annonce der „Mecklenburgischen Volkszeitung“, die hier beigelegt ist, die vorstehende Einzione habe ich blau unterstrichen, und der Poststelle, die ich vom Referenten aus Gütersloh, welches ebenfalls beigelegt wird, dem Holsten Ministerium eröffnete, daß es sich um eine gewerkschaftliche Versammlung handele. Ich halte deswegen die Versammlung bei der Polizeibörde zu Neubukow nicht angemeldet, da meines Wissens gewerkschaftliche Versammlungen der Maurer nicht unterliegen.

Nun war, der Stadtpolizist Bauer am Sonnabend nachmittag, den 26. November, bei dem Wirt des Versammlungslokals erschienen und erklärte, er wäre beauftragt, die Versammlung zu verbieten. Abends 5 Uhr, wie ich als Einberuber anwende war, erklärte mir die Polizei und als Beamter der Stadtpolizist Bauer, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, mein ich keine ministerielle Erlaubnis vorzuzeigen hätte. Ich machte die Polizei darauf aufmerksam, daß es doch eine reine gewerkschaftliche Versammlung sein sollte, und wollte zum Herrn Bürgermeister Körger gehen und dem die Sache vorstellen.

Die Polizei erklärte mir aber, das würde nicht nützen, infogedessen habe ich davon Abstand genommen. Um zu verhindern, daß in Zukunft das Polizeialmt in Neubukow den § 152 der Gewerbeordnung für uns Arbeiter von Neubukow und Umgegend aufsetzt, bitte ich das Hohe Ministerium, das Polizeialmt in Neubukow demgemäß anzusehen, daß es uns nach § 152 der Gewerbeordnung frei steht, öffentliche Gewerkschaftsversammlungen abzuhalten.

Bitte das Hohe Ministerium mir Antwort zu Theile zu lassen.

An. Johann Schult, Jörnstorff, das Hohe Ministerium des Innern

zu Schwerin.

Heraus ging folgende Antwort ein:

Ministerium des Innern

J.-N. 19.90. Schwerin i. M., 9. Januar 1900.

Zum Vortrag vom 8. v. M.

Das Verfahren des Magistrats, durch welches die auf den 26. November v. J. einberufene öffentliche, sogenannte Gewerkschaftsversammlung verboten worden ist, kann diesbezüglich nicht missbilligt werden, denn da die Versammlung von sozialdemokratischer Seite angeregt worden ist, um bekannter politischer Agitator in derselben aufzutreten sollte und überdies keine Tagesordnung angekündigt war, welche Ausschluß gab, so ist der Magistrat mit Recht davon ausgegangen, daß politische Verhandlungen zu erwarten seien und die Versammlung somit der ministeriellen Genehmigung bedurfte. Ihre Verurteilung auf § 152 der Gewerbeordnung ist unbegründet, da diese Verurteilung nur die Statthaftigkeit solcher Versammlungen feststellt, welche die Errangung günstiger Lohn- und Arbeits-

bedingungen bezweckt, im vorliegenden Falle aber nicht vorlag, woraus auf einen derartigen Zweck hätte geschlossen werden können.

Großherzoglich Mecklenburgisches Ministerium des Innern.
An. den Maurer J. Schult zu Jörnstorff. B. A. zu Jörnstorff. (Name unterschrift.)

Damit hat also das polizeiliche Verbot der Versammlung die ministerielle Sanktion erhalten, und ist damit der Beschwerde erledigt. Wenn auch für diesen der Zweck der Verbot erledigt, nämlich die Polizei zu Neubukow in's Interesse zu setzen, nicht erreicht wurde, so scheint sie uns doch nicht vergebens eingerichtet worden zu sein. Wie aus dem ministeriellen Verbot herzuleiten scheint, hätte das Versammlungsverbot nicht aufrecht erhalten werden können, wenn mit der Veranlassung wären. Diese hätte sich allerdings streng im Rahmen des § 152 der Versammlung zugelassen, die Tagesordnung angegeben worden wäre. Diese hätte sich allerdings streng im Rahmen des § 152 der Versammlung zugelassen, die Tagesordnung angegeben worden wäre.

* Die Bauarbeiter (Maurer) Westsachsen hielten am 21. Januar eine Konferenz in Karlshafen ab, in der wichtige Beschlüsse gefasst wurden. Aus Deutschland waren die Genossen Berger-Zwickau, Hartwig-Dresden und Böhme-Hamburg, letztere als Generalbevollmächtigter der Maurer Deutschlands, anwesend. Die Maurer Deutschlands, hauptsächlich Sachsen, haben keinerlei Weise ein großes Interesse daran, daß die Maurer Westsachsens gut organisiert sind; denn Sachsen und andere Grenzbezirke Deutschlands werden zeitweise geradezu von organisierten Arbeitern überflutet, und zwar zumteils von auswärtigen Arbeitern, die der dringend nötigen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein starkes Hindernis sind. Gestlossen wurde, eine einfache Bauarbeiterorganisation für Westsachsen zu schaffen. Zu diesem Zweck haben sich die Bauarbeiter, welche dem Allgemeinen Gewerkschaftsverein nicht angehören, den Verbandsgruppen anzuschließen oder neue Verbandsgruppen zu bilden. Die Bildung hat so zu geschehen, daß die Verbandsgruppen mit 1. April d. S. konstituiert werden können.

Zur Regelung der Organisationsarbeiten soll vom selben Zeitpunkt an ein Sekretär angestellt werden. Zur Erhaltung des Sekretariats soll jedes Mitglied fünf Heller pro Monat steuern. Die Ausführung dieses Beschlusses hängt noch von der Zustimmung der beteiligten Organisationen ab. Bloß dahin wurde eine Agitationsskommission eingesetzt, deren Obmann Franz Heide, Berg 6, Karlsbad, ist.

Baugewerbliches.

* Fähigkeit der Bauarbeit. Chemnitz. Auf einem Neubau an der Amalienstraße starzte am 8. Februar ein Maurer von einem zwei Meter hohen Gerüst, wobei er sich einen Bruch des linken Wadenbeins zog.

Dresden. Auf dem Bahnhof-Nebau in Neustadt starzte am 7. Februar ein Dachdecker. Er trug einen Unterleiterbruch davon.

Ebing. Am Samstag Nachmittag stürzten drei Arbeiter, die mit dem Aufstehen von schweren Platten bei Herstellung des Hochhauses beschäftigt waren, infolge Durchbruchs des Gerüstes aus einer Höhe von ca. 30 m in die Tiefe. Schwerverletzt schaffte man zwei Arbeiter in's Evinger Krankenhaus, den dritten Verunglückte schwer, daß an einem Astwunden der unglückliche Opfer gewiebelt wird.

Frankfurt a. M. Am 6. d. M. Nachmittags 1 Uhr, starzte der an einem Neubau in der Vogelsbergstraße beschäftigte 18 Jahre alte Tagelöhner Job. Thiel aus Eichen, wahrscheinlich infolge eines plötzlichen Schwindelanfalls, aus der 3. Etage in den Hof und zog sich zu schweren Verletzungen zu, daß er mittels eines Krautwagens in das Heiligengeisthospital befördert wurde, wo er am selben Abend um 6 Uhr starb. — Am Sonnabend, den 10. Februar, brach im Neubau des Hotels „Fürstenhof“ am Opernplatz im dritten Stock ein Gerüst zusammen, auf dem drei Arbeiter beschäftigt waren. Sie fielen einige Meter tie hinab und wurden von den nachstürzenden Spülzügen förmlich zerquetscht. Zwei der Leute kamen mit schweren Kopftoten davon; der Arbeiter Durdt aus Langen erlitt jedoch einen Bruch beider Unterarmen. Die Rettungswache, aus der Kronprinzenstraße legte dem Verunglückten einen Verband an und schaffte ihn in's Krankenhaus.

Göppingen. Infolge Gerüstbruches am Dienstagabend einen Steinbruch an. Der Gerüstbruch starzte am 20. Januar fünf Arbeiter in die Tiefe. Durch missfallende Steine wurden alle Abgestürzten schwer verletzt.

Leipzig. Bei den Ausfachungsbauten zum Neubau des Kaufhauses am Neumarkt erlitt am 9. Februar ein Arbeiter durch einen herabfallenden Erdwand einen Steinbruch.

Koblenz. Am Bau des Immobilienmeisters Wärne in der Wörthstraße 170 starzte am Dienstag, 6. d. M., das Gerüst ein. Der Sohn des Unternehmers und zwei Bauarbeiter wurden von dem umfallenden Spülzügen förmlich zerquetscht. Zwei der Leute kamen mit schweren Kopftoten davon; der Arbeiter Durdt aus Langen erlitt jedoch einen Bruch beider Unterarmen. Die Rettungswache, aus der Kronprinzenstraße legte dem Verunglückten einen Verband an und schaffte ihn in's Krankenhaus.

Düren. Bei einem Neubau am Dienstag erlitt am 9. Februar ein Arbeiter durch einen herabfallenden Erdwand einen Steinbruch. Wärne starzte am 10. Februar einen Steinbruch zusammen und als dessen Maurer und einen Händler mit in die Tiefe. Der Arbeiter Abgeschrägt erlitt schwere Verletzungen.

München. Am 5. Februar Nachmittags brach bei einem Neubau an der Gabelsbergerstraße die Maurertreppe. Zwei Maurer starzten aus einer Höhe von einem Stockwerk ab. Einem derselben erlitt nur leichte Verletzungen, während der andere, der einen Abbruch und erhebliche Kontusionen davontrug, in das chirurgische Sital gebracht werden mußte.

Wetzlar. (Gig. Ver.) Am Dienstag, den 8. Februar, starzte an einem Neubau in der Altstadtstraße (Bauunternehmer Louis Goldmann) wieder einmal ein schweres Unglück, beim einbliebenden Menschenleben zum Opfer fiel. Beim Anstauen eines Bolzen (Stöcke) für ein neu zu errichtendes Gerüst fiel der zwanzigjährige Maurer Weller aus Schönborg

gische drei Stockwerk hoch herunter. Er erlit dabei einen Armbusch, Gehirnerschütterung und schwere innerliche Verletzung, woran er in der kommenden Nacht starb. Er war trotz der schweren Verletzungen noch vollständig bei Belebung und nach seinen und den anderen Kollegen Aussagen soll Niemanden ein Verhältnis an dem Unfall treten.

Schweden i. M. e. b. Am Sonnabend, den 2. h. M., stürzte der Maurer W. Siers auf dem Bau des Herrn Fedder am Stempelplatz aus der zweiten Etage, wo derselbe kein Deckenabsturz befürchtet war, infolge eines Fehlrittes, herab, und zwar fiel der Bergungsstaat, der schwere Zerrung gewesen war, nicht abgedeckt und mit seinem Gürtel verhakt war, bis in den Keller. Er lag bei dem Fall in der unteren Etage auf einer Balken und da auch die Balkenlage nicht abgedeckt war, fiel derselbe in den Keller auf einen Hauptschlund und verletzte sich sehr erheblich, so daß an seinem Aufkommen zu zweilen ist. Dieser Unternehmer schreibt: „Meine Volkszählung“, postuliert den Vorstand der Bauarbeiterkundigungskommission gegenüber auf seine langjährige Erfahrung und wiss darauf hin, daß auf seinen Bauten, obwohl er die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft vielfach völlig außer Acht läßt, noch kein Unfall passiert wäre. Herr Fedder erklärte damals pompos, in der Zeitung, er übernehme die Verantwortung auf seinen Bauten nach jeder Richtung. Was nicht nun diese Verantwortung dem berücksichtigen Maurer, der Gesundheit und vielleicht sein Leben verloren mußte, weil Herr Fedder glaubte, mit Nichtachtung an den Unfallverhütungsvorschriften vorbeladen zu können? Wie will Herr Fedder es mir verantworten, daß er die obere Balkenlage nicht genügend abdeckte, die untere aber garnicht abgedeckt war? Wie stellt sich aber die Berufsgenossenschaft hierzu; sieht sie den Herrn nur zur Verantwortung, damit derselbe auch zu der Glücksburg gelangt, daß diese Vorrichtungen auch für ihn erlassen sind? Diese traurige Unglücksfall ist ein neuer Beweisgrund dafür, wie dringend nötig eine strengere Kontrolle der Bauten im Interesse der Arbeiter liegt. Mögl. der Magistrat muss endlich dieser Frage näher treten, die Anträge der Bauarbeiterkundigungskommission berücksichtigen und Verstüttungen in deren Richtung erlassen. Oder glaubt der Magistrat, daß mit diesem neuen Ordnungslösungsvorschlagungen noch nicht genügend Beweismaterial erbracht ist?

* **Wilde Ansitz.** Der Baumeister Kaiser in Falkenstein halle es unterlassen, bei Abriss eines Dachstuhls am Gebäude ein Fanggerüst oder sonst eine Schutzausrüstung den gesamten Dachstuhl genügt aufzubringen zu lassen. Dabei passierte es, daß ein Balken vom Dach abrutschte und den Maurer erschlingt. Nowak, der an der Stelle tot dastand. Nach Anklage des Sachverständigen Professor Albert war es möglich, daß der Maurer, während eine Planke anbringen zu lassen, Käse wurde vom Landgericht Plauen i. B. zu einer Geldstrafe von 50 oder 55 Tagen Gefängnis verurtheilt.

In Frankfurt a. M. wurde von der Strafanstalt über den Keller in Plura am Neubau, bei Strafstrafe am Bautechniker. Der für den Einsturz verantwortlich genannte Baumeister Joh. Gaggen ist nach seiner eigenen Angabe vom Tagesschöner zum technischen Berater abweichen. Seine technischen Erörterungen rührten aus der praktischen Ausführung von etwa vierzig Bauten her. Er ist nicht befähigt, die in Zeichnungen etwa enthaltenen Konstruktionsfehler herauszuführen und zu verbessern. Diesem Manne nun wurde von dem „Baumeister“ Rehn, einem frischgebackenen Schmiedemeister, der angeblich bereits mehrere Bauten ohne Leitung eines Architekten ausgeführt hat, die ganze technische Leitung überlassen. Rehn sagt, er selber versieht nichts davon; er habe sich auf den Bau eines vollständig verlorenen zugeschlagen. Die zum Bau notwendige Leitung ist durch den Architekten Wallner angefordert worden. Diese Leitung soll nun angeblich einen Konstitutionsschluß enthalten. Der Antragsteller hat nach dem in dem Bautechniker angegebenen Dimensionen die Fassade ausgebaut. Dreizehn Tage stand bereits das Gewölbe, als Rehn einen Tagesschöner den Auftrag gab, etlichen Sand auf das Gewölbe abzuladen. Durch diese Belastung, die überaus ungünstig gewesen sei, ist das Gewölbe eingebrochen. Zur selben Zeit hatten im Keller der Brüder der Angelagerten und noch ein Tagesschöner gearbeitet. Sie wurden verschüttet und der Tagesschöner schwer verletzt. Der als Sachverständiger benannte Baumeister Hofstetter ist der Ansicht, daß hier ganz grobe Fehler vorliegen. Die schwere Belastung durch den Sand ist wohl der Ursprung, nicht aber die Ursache. Ein richtig gebautes Gewölbe müsse eine derartige Belastung aufnehmen können. Der Staatsanwalt beantragte 50 Guldenstrafe. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 150.

* **Münchener „Bauaufsicht“.** Die „Münchener Post“ schreibt: „Der von einem hiesigen Baumeister an der Ecke der Hohenstaufen- und Königsstraße ausgeführte, bereits bis zum dritten Stockwerk gebildete Neubau muß wegen eines Baufehlers um halbe zwei Stockwerke wieder abgetragen werden. Dieci sol“

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Eppen sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Lampé in Eibelstadt, Linse in Torgelow, West in Halle (Saale), Kaune in Hamburg, Berger in Hildburghausen, Georg Bauer in Breitenheim, Ulb. Loope in Hohenlimburg und Burschies in Wilhelmshaven.

Zugang ist weiter fern zu halten von Minden i. W., Frankfurt a. M. und Bremen.

* * *

Die Unternehmer in Frankfurt a. M. haben nunmehr, nachdem die Verhandlungen mit den Vertretern der organisierten Gelehrten keinen befriedigenden Abschluß gefunden haben, selbstlich die Bedingungen festgesetzt, unter welchen aus dem Verbande ausgetretene Gelehrte von ihnen in Arbeit eingestellt werden. Dieselben lauten:

Allgemeines. 1. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Erneisen des Arbeitgebers. 2. Der Besuch von Arbeiterversammlungen während der Arbeitszeit darf nur mit Zustimmung des Arbeitgebers geschehen. Der Besuch solcher Versammlungen ohne Zustimmung des Arbeitgebers gilt als Vertragsbruch, der den Arbeitgeber zur sofortigen Entlassung

des Arbeiters berechtigt. 3. Im Interesse eines offensichtlich bedrohenden Einvernehmens hat jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle zu unterbleiben, andererfalls ist der Arbeitgeber auch der zur sofortigen Entlassung des Arbeiters berechtigt.

Die Arbeitnehmer können sowohl im Alsfeld als im Tagelohn ausgeschafft werden. 5. Die Kündigungsfrist ist, wenn nicht

eine längere förmlich vereinbart wird, eine zweitägige. Gestundigt kann nur werden an jedem Donnerstag vor 8 Uhr Abends mit Gültigkeit auf den darauffolgenden Samstag Abend.

Arbeitszeit. 1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, von Morgen 6 Uhr bis Abends 6 Uhr, mit den üblichen Pausen von zusammen zwei Stunden für Frühstück, Mittag und Abend. Ein Mittag ruht sich die Arbeitnehmer nach der Tageshelle. 2. Nebersonden, Nachts- und Sonntagsarbeit sollen nur dann stattfinden, wenn Menschenleben in Gefahr sind, schwere Schädigungen des Betriebes entstehen oder der öffentliche Verkehr gehemmt wird. 3. Als Nebersonden sind solche zu betrachten, die vom Arbeitgeber verlangt werden, über die zehnstündige Arbeitszeit hinausgehen und in die Zeit von einer Stunde vor Beginn oder zwei Stunden nach Schluss der zehnstündigen Arbeitszeit fallen. 4. Am Samstag findet der Schluss der Arbeitszeit um 5 Uhr Abends und an Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 12 Uhr Mittags statt.

III. Arbeitslohn. 1. Der ortsübliche Stundenlohn beträgt bis zum 1. März 1900 45 Pf. für die Stunde und wird von 1. März 1900 bis 1. März 1901 auf 48 Pf. für die Stunde erhöht. Dieser ortsübliche Stundenlohn ist überall da zu gewähren, wo kein Eintritt in die Arbeit oder während der ersten acht Tage nach Eintritt in die Arbeit sein anderer Lohn vereinbart wird. 2. Bei Alsfeldarbeiter wird sein höherer Lohn garantiert als der zur Zeit festgesetzte ortsübliche Stundenlohn. Abschlagszahlungen werden nur hierauf geleistet. 3. Für Nebersonden wird ein Lohnzuschlag von 50 Pf. gewährt. Ein Lohnzuschlag trifft nicht ein, wenn die Überländer vom Arbeitgeber verlangt werden. 4. Der Lohn soll am Schluss während der Arbeitszeit und vor 5 Uhr auf der Arbeitsstelle gezahlt werden. Wo nach Feierabend auf den Lohn gewartet werden muß, geschieht dies auf Kosten des Arbeitgebers. 5. Die Lohnzuzahlung übertragen auf Berlins des Arbeitgebers wird ein Lohnzuschlag von 10 Pf. für die Stunde gesetzt; für Nachts- und Sonntagsarbeit wird ein Lohnzuschlag von 50 Pf. gewährt. Ein Lohnzuschlag trifft nicht ein, wenn die Überländer vom Arbeitgeber verlangt werden. 6. Der Lohnzuschlag Zahlung übertragen auf Kosten des Arbeitgebers, stellt die Entlassenen wieder ein und erlaubt sich bereit, denselben für ihr untreuevolles Verhalten gegen Stunden zu vergüten. Ein Mittwoch Morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Tagelohn ausgeschafft werden, wobei an Nebentanten und größeren Umbauten ein Lohnzuschlag von 5 Pf. pro Stunde gezahlt.

Derselbe Lohnzuschlag findet statt bei Reparaturarbeiten an Heizungen während des Betriebes (sogenannte Feuerarbeiten).

Die Arbeitszeit beträgt in den Sommermonaten 10 Stunden täglich, von 1. Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, mit 1 Stunde Ruhepausen.

Sommerabend ist um 5 Uhr Feierabend, mit Bezahlung der Vesperpause und ohne Lohnabzug. Am den Tagen vor Ostern und Pfingsten ist um 4 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug.

An den verkürzten Arbeitstagen, in der Zeit vom 1. November bis 1. März, werden Sonntagsabend auch nur die wirkungsfesteten Arbeitsstunden bezahlt.

In Frankfurt a. D. wurde von einem Unternehmer der Baubelegschaft gehinregelt, weil er sich und seine Kollegen für Pausenarbeiter gehinregelt, obgleich alle an dem Bau beschäftigten Kollegen für ihren gemahrgelassen Mitarbeiter und Vorarbeiter einzutragen und seine Wiedereinstellung gehabt, beharrte der Unternehmer auf seiner Entlassung und gab den anderen Kollegen zu verstehen, daß auch sie gehen könnten, wenn es ihnen „nicht passe“. Darauf legten 24 Männer die Arbeit nieder. An einem anderen Bau derselben Unternehmer arbeiteten 16 Kollegen, welche nunmehr die von ihren Mitarbeitern niedergelegte Arbeit wieder aufnehmen sollten. Als sie sich Dafür weigerten, erhielten sie Feierabend. Da nun aber diese Kollegen Kündigungsfrist hatten, verlangten sie den Unternehmer beim Gemeinvertrag. Am Dienstag ließ der Unternehmer sich zu Unterhandlungen herbei. Er erklärte den Preis für die Pausarbeiter, stellte die Entlassenen wieder ein und erklärte sich bereit, denselben für ihr untreuevolles Verhalten gegen Stunden zu vergüten. Am Mittwoch Morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Stukkateure.

In Altona i. Pr. sind zwischen den Stukkateuren und ihren Prinzipialen Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fern zu halten.

* **Der Auftand der Steinarbeiter im Vorjahr.** (Streich und Ausfall) in Bunsen, Berlin, Dresden und Altona hat den Arbeitern 16. 803.50 gefordert. Zu diesen Kosten lieferen die Geschäftsführung der Steinarbeiterorganisation aus eigenen Mitteln 14. 028.20, aus aufgenommenen Darlehen 14. 012.88, die Ortstaten der Steinarbeiter an den Auslandsorten 14. 26.871.71 und andere Zahlungen der Steinarbeiterorganisation 14. 19.988.77. Zusammen von der aus Altona betroffenen Organisationen wurden zu den Dasehren also 14. 88.864.88 aufgebracht. Verfolgte Befreiungsbereiche, darunter die Hauptstätte des Mauerwerks mit 14. 0000, steuerten zusammen 14. 11.111.86 bei, und eine ganze Reihe von Gewerkschaftsvertretern 14. 663.7, davon Berlin allein 14. 761.90. Aus dem Ausland wurden eingeführt 14. 324.42, davon aus Spanien 14. 1487.45, Österreich-Ungarn 14. 1009.32, England 14. 418.06, Schwed. 14. 884.99, Italien 14. 18.60. Auf den Steinorten wurden 14. 557.14 gesammelt und der Rest legt sich aus kleineren Summen zusammen, die in den verschiedensten Orten gesammelt und den Auslandsbetrieb angelandet wurden.

* **Die Bergarbeiter des Zwicker Neiders** stehen vor dem Streik. Sie haben die folgenden Forderungen gestellt: 1. Akt Stunden Schüttzeit für Grubenarbeiter, Mitrechnung der Ein- und Ausfahrt zur Schöpfstation von 1901 ab, Einschränkung der Sonntagsarbeit, Verbot der Nebenschichten. 2. 10 Pf. Zulage zum Schächtele für Grubenarbeiter, 20 Pf. für Tagearbeiter. 3. Im Gedinge für Häuer und Blummetzler 14. 20, für Förderer und Reparaturarbeiter 14. 3.50 Tagelohn. 4. Mahregelungen dürfen wegen dieser Lohnforderungen nicht erlassen. 5. Kohlenausfuhrverbote nach Österreich. 6. Beschaffung getrennter Gedinge und Aufhebung jeder Sperre. 7. Mindestlohn für junge Förderleute außer dem Schlüssel 14. 1.80 (jetzt 14. 1.60). 8. Festlegung der gewährten Gedinge in einer Arbeitsordnung.

Die Bergarbeiter des Lusatia-Döblicher Neiders stellen folgende Forderungen: 1. Achtfältige Schichtzeit infolge Eins- und Ausfahrt; 2. 10 Pf. Zulage im Schächtele für die Grubenarbeiter, bezogenen 20 Pf. für die Lagerarbeiter. 3. Die Gedinge sollen mindestens 40 Pf. pro Tag Schächtele nicht gezahlt werden. 4. Absonderung der unregelmäßigen Stunden.

Die Lohnbewegungen in Stuttgart.

In Stuttgart ist 1898 zwischen den Maurern und Baumärtern und den Baumeistern vereinbart worden, im Januar jedes Jahres Verhandlungen zu pflegen über die Lohns und Arbeitsbedingungen. Dies ist erstmal am 17. Januar d. J. unter dem Vorsitz des Gemeinderats und Gewerberichtsratsvorsteher Stockmayer geschah. An der Verhandlung nahmen seben Unternehmer Mitglieder des Arbeitgeberverbands und acht Arbeiter teil. Als Protokollführer fungierte ein Maßschreiber. Die Baumeister von Stuttgart und Cannstatt hatten in einer Versammlung am 28. November d. J. ihre Lohnkommission beauftragt, dem Unternehmerverbund folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Mein ständige Arbeitszeit; 2. ein Mindestlohn für Maurer, Zimmerer, Baumeister von 45 Pf. für Steinhauser von 50 Pf. für Baufällsarbeiter von 55 Pf. in der Stunde; 3. achtfältige Zulage; 4. sofortige Lohnzahllung bei Löhung des Arbeitsvertrages; 5. Errichtung von gehobenen Baustütten, wobei kein Material gelagert werden darf; 6. Anerkennung des städtischen Arbeitsamts als einzige Arbeitsvermittlungsstelle; 7. Abschaffung sämtlicher Vorarbeiter; 8. Einhaltung aller seitherigen Vereinbarungen, soweit sie in diesen Forderungen nicht beigebracht sind.

Die Unternehmer hatten in ihrer Generalversammlung die Forderung einstimmig abgelehnt bis auf die unter 5 und 8 genannten; diese glaubten sie als „diskutierbar“ bezeichnet zu können. Weiter beantragten die Unternehmer aber, daß vom 1. Januar d. J. ab die Altarbeiter als durchaus ausfällig erklärt werde, und daß bei Löhung des Arbeitsvertrages durch den Arbeiter der Lohn erst beim kommenden Vorschlag oder Zahltag zur Auszahlung komme.

Bei Löhung der Sitzung drückte der Vorstehende seine Freude darüber aus, daß der Vertrag gemacht werde, die Differenzen in friedlicher Weise beizulegen; er sprach aber auch die Verbindung darüber aus, daß seitens der Meisterschaft die Anerkennung des städtischen Arbeitsamtes als

alleinige Arbeitsvermittlungsstelle schließlich abgelehnt werde. Das städtische Arbeitsamt sei ein unparteiisches Institut, das redlich bemüht sei, seine Aufgabe zu erfüllen; es sei also die Forderung der Arbeiter (6) wohl annehmbar.

In der Diskussion wurde von den Unternehmern sehr Vieles geredet, was weder „gehauen noch gestochen“ war. Besonders herbor erbat sich Herr Hauser, Vorstandsmitglied des Unternehmerverbandes für ganz Deutschland. Hauser meinte, eine längere als die seitherige Arbeitszeit sei unmöglich, weil das Baugeschäft ein Saisongewerbe sei. Nur Berlin, Charlottenburg, Kiel und Lübeck hätten eine längere, die meisten Städte eine längere Arbeitszeit als Stuttgart. Dass auch Leipzig, Wilhelmshaven, Jena, Bamberg, Erfurt, Nürnberg, Eisenach und weiter eine ganze Reihe von Orten um Berlin eine längere Arbeitszeit haben, scheint Herr Hauser nicht zu wissen. Und dass in diesen Orten das Baugeschäft weniger Saisongeschäft ist als in Stuttgart, lässt Hauser doch wohl nicht behaupten wollen. — Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärten die Unternehmer, dass sie die Verkürzung der Arbeitszeit ablehnen, ohne Rücksicht auf irgend welche Folgen.

Die Feststellung des beantragten Minimallohnes wurde von den Unternehmern gleichfalls abgelehnt unter der Motivierung Hausers, dass die Arbeiter wohl nicht so sehr an dieser Forderung hängen würden. Diesmal verriet sich Hauser freilich nicht auf andere größere Städte, wo der Minimallohn schon seit einer Reihe von Jahren eingestellt ist, sondern auf 124 (kleiner) Orte, wo angeblich kein Minimallohn festgesetzt ist. In beiden Fällen wurde dem Unternehmervorführer von unserem Kollegen Stolle gut gezeigt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch darauf hingewiesen, dass die Unternehmer ältere Arbeiter, die an der Organisation teilnahmen, zu mahrgelenken versuchen. Der Unternehmer Busch fügte diesen Vorwurf damit zu parieren, dass nur „gewerkschaftliche Hektor“ von der Maßregelung betroffen worden seien. — Wir mündeten bei dieser Gelegenheit herzhaft darin, dass wenn man überhaupt von „gewerkschaftlichen Hektor“ sprechen will, die Herren Busch und Hauser nicht minder dazu gehören. Sie würden also nach ihrer eigenen Logik nichts dagegen haben können, wenn ihre Bauten nachdrücklich von den Arbeitern gesperrt würden.

Den Punkt 8 der Forderungen begleitende Zimmermannschlusskündigung: Das gegenwärtige System — in der einen Woche Zahl, in der anderen Vorrichtung — bringt viele Unzufriedenheiten mit sich. Die Arbeiter müssen oft Stunden lang stehen und warten, bis der Arbeitgeber oder Geschäftsführer auf's Büro kommt und den begehrten „Vorrichtung“ zahlt. Unzufrieden sei diese Bezeichnung nicht richtig, da es sich um wohlverdienten Lohn handele. Wenn auch in höheren Gehältern wenig Schwierigkeiten gemacht würden, bezüglich Auszahlung von Vorrichtung, so würden dagegen über die kleineren Meister häufig Klagen geführt. Die Arbeiterschaft wolle ihren Lohn aber auch sofort nach Schluss der Arbeit. Der Vorsitzende Stöckmayer machte geltend, dass die alljährliche Lohnzähllung den Unternehmern erheblich grösseren Aufwand an Zeit und Kosten verursache. Eine andere Frage sei allerdings, ob der Mehraufwand so viel ausmache, dass ihn die Unternehmer nicht überwinden könnten. Stöckmayer schlug vor, das ansprüchliche Wort „Vorrichtung“ durch „Abzählung“ zu ersetzen. Die Arbeitervorführer hielten aber daran fest, dass jeder Arbeiter Abzählungszahl zu erhalten und zu nehmen habe, damit nicht die noch etwas besser gestellten Arbeiter vom Laufe auf die Lage der übrigen drücken. Mit Beschwörungen beim Arbeitgeberverband habe man auch keine guten Erfahrungen gemacht. Ein Unternehmer Böslag dagegen glaubte sich als „Freiherr“ verscherzt für die Arbeiter aufzuweisen zu müssen: es dürfe kein Arbeiter gezwungen werden, seinen Lohn zur rechten Zeit in Empfang zu nehmen. Und Unternehmer Hofstader versuchte sogar zu der Weisheit, die Arbeiter würden garantiert wissen, wo sie ihr Geld aufbewahren sollten, wenn sie alle acht Tage Lohn erhielten. — Eine Einigung über diesen Punkt wurde nicht erzielt.

Zu Punkt 5. Errichtung heizbarer Bauläden, machten die Arbeitervorführer geltend, dass nur in zwei Fällen der schon früher zugelassenen Forderung nachgekommen werden sei. Da die Unternehmer von dortherin diese Forderung als „fiktiv“ bezeichneten, bestritten sie natürlich, dass sie überhaupt jahre hindurch ihr Wort nicht gehalten hätten. Die Herren waren auch so unterkrochen, zu erklären, dass Arbeiter bewusst die Bauläden nicht. Hierin liegt jedenfalls das Einverständnis, dass die meisten dieser Bauläden so mangelhaft sind, dass die Arbeiter sich nicht hineingetrauen. Den Arbeitervorführern wurde fiktiv empfohlen, dem Vorstand des Bauarbeiterverbands Mitteilung zu machen, sobald der Abschluss betreffs der Bauläden nicht entsprochen wird.

Eine Einigung kam auch nicht zu Stande über die Annahme des Arbeitsamts als alleinige Arbeitsvermittlungsstelle. Hauser ließ durchdringen, dass die Unternehmer befürchten, eine einseitige Arbeitsvermittlungsstelle einzurichten. Auf die Anregung des Vorstandes, man könne sich wenigstens darin einigen, dass das städtische Arbeitsamt als Arbeitsvermittlungsstelle beiderseits thunlichst bemüht werden solle, wollten die Unternehmervorführer keine bindende Erklärung abgeben.

Zu recht lebhaften Meinungsverschiedenheiten kam es betreffs der Forderbarkeit. Die Arbeiter fordern Abzuschaffung jeglicher Forderbarkeit, die Unternehmer allgemeine Zulösung derselben. Die Unternehmervorführer wollten glaubhaft machen, dass häufig Maurer, die der Arbeiterorganisation nicht angehören, kleinere Arbeiten in Aufführung brachten; diese dienten man an der Verbesserung ihrer Lage nicht hinzu. Die Sozialdemokraten könnten sich mit der Forderbarkeit deshalb nicht befreunden, weil sie bei deren Einführung viele Anhänger verlieren würden! Unternehmer Haugketter behauptete auch, die Aufford- und Steinarbeit habe den Steinmetzstand gebrochen. Die Arbeiter wollten den Unternehmern möglichst wenig leisten. Durch die Abzuschaffung der Forderbarkeit werde die Freiheit befördert. Diese Ausführungen gingen selbst dem Vorsitzenden wider den Strich. Er wies die Ansicht zurück, dass Arbeiter, die eine Arbeitsleistung übernommen haben, diese möglichst saumäßig ausführen wollen. Die Ansicht sei allerdings vertreten, dass die Einführung des Auffundentags für die brachliegenden Kräfte Arbeit brächte. Das Auffundsystem führe zum Zwang unternehmerisch, das große Gefahren in sich birgt, wie er aus seinen Erfahrungen als Gewerkschaftsvorsteher weißend, könne. In Untersetzung des Baugeschäfts selber wird die Wiedereinführung des Auffundsystems besser vermieden. Bei der „Freiheit“, die Haugketter meinte, würde der Arbeiter als der wirtschaftlich Schwächeren unterliegen. Die

Arbeitervorführer erklärten, dass unter den heutigen Verhältnissen die Auffordbarkeit Mordarbeit sei. Schlimm sei dabei auch, dass die Arbeiter oft lange Zeit garantiert erfahren, wie viel sie verdienen; ein oder zwei Mann zögern schließlich den Hauptprofit und die Übrigen hätten mir die Blöße. Verdienen die Arbeiter etwas im Aufford, dann würden alsbald die Auffordpreise heruntergehen. Seitdem die Auffordbarkeit in der Hauptstadt abgedroht sei, feiert auch viel weniger Streitigkeiten vor das Gewerbegericht gekommen. Gerade die lästigeren Arbeiter seien heute Gegner der Auffordbarkeit, und nur die Russischer könnten beim Aufford noch etwas gewinnen. In der Regel könne kein Arbeiter im Vorort sagen, ob er im Stande sei, die verlangte Arbeit für einen verlangten Preis ausführen zu können. Für die Arbeiter sei daher die Forderung der Unternehmer unbillbar. — Auch über diesen Punkt kam eine Einigung nicht zu Stande.

Die Verhandlungen waren also im eigentlichen Sinne gescheitert. Der Unternehmer Hauser erklärte, dass das, was die Unternehmervorführer in der Sitzung zugestanden hätten, auch von den im Verbund organisierten Unternehmen gehalten werde, wenn die Arbeiter bereit seien, die seitherigen Vereinbarungen auf weitere zwei Jahre zu halten. Würde dies von den Arbeitern nicht angenommen, so würden die Unternehmer die 1898 getroffenen Vereinbarungen als nicht mehr so leicht bestehend betrachten. Vereinbart wurde, dass die Arbeiter spätestens bis zum 1. Februar eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Vorschlags an. Gemeindeberat Stöckmayer einbereichten haben.

Die Bauarbeiter haben am 28. Januar ihr Bohm abgegeben. Kollege Stolle berichtete ausführlich über die Verhandlung und bestätigte die große Bedeutung der zu treffenden Entscheidung. Es bat die Verhandlungen sehr vorsichtig zu Werke zu gehen.

Zu der Diskussion wandten sich alle Redner stark gegen das Verhalten der Unternehmer. Diese hätten doch besser gewusst, wenn sie überhaupt nicht im Sinne hätten, etwas zu bewilligen, von einer Eingangsverhandlung Abstand zu nehmen, um die Bauarbeiter brauchen Verstärkungen, aber nicht Verstärkungen ihrer Arbeitsverhältnisse. Die Auffordbarkeit wollen die Unternehmer beibehalten, weil man willstlich den Arbeitern geben kann, was man will. Alle Redner brachten zum Ausdruck, sie zögern den Krieg einem faulen Frieden, durch den sie sich auf weitere Jahre binden, vor. Die Bauarbeiter hätten sich die Wohl, ihre Organisationen auszubauen, um durch den aufgestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eine Resolution, welche von allen Anwesenden zugestimmt wurde, lautet:

„Die am Dienstag, den 23. Januar, im Saale der „Arbeiterschule“ sehr zahlreich bejubelten Bauarbeiterverhandlungen nimm Kenntnis von der Eingangsverhandlung der Lohnkommission und der Vertreter der Arbeitgeber und bedauern den vollständig ablehnenden Standpunkt der Unternehmer gegenüber den beschwerdesten Wünschen der Arbeiter. Dem Vorhaben der Unternehmer, die Verstärkungsbedürfnisse früheren Vereinbarungen auf weitere zwei Jahre anzuerneinen, vermag die Verhandlung nicht bestimmen. Die Verhandlung hält vielmehr nach wie vor an den aufgestellten Forderungen fest.“

Ein Appell seitens der Vorsitzenden, die Bauarbeiter möglichst jetzt hinaus gehen und ihren noch fern stehenden Kollegen die Eingangsresolution der Organisationen verkünden, blieb den Schluss dieser bedeutungsvollen Versammlung.

Die italienische Bewegung in Deutschland.

II.

Wir haben seit Gründung des „Operaio Italiano“ manch schönen Art von Solidarität seitens organisierter und auch unorganisierter italienischer Arbeiter zu verzeichnen; aber die Fälle, wo Lohnbewegungen durch nichtorganisierte italienische Arbeiter erzeugt, wenn nicht ganz zerstört werden, sind immer noch zu häufig. Ein großes Hindernis der Ausübung der Solidarität oder des Eintritts der Italiener in unsere Organisationen sind die schon im ersten Artikel erwähnten negriere oder Sklavenhändler, oder wie wir Rivalitäten sie nennen: Kolonialhändler. Die Vampire, die den italienischen Arbeiter vor und nach dem deutschen Unternehmer ausspielen, haben selbstverständlich das größte Interesse, den italienischen Arbeiter politisch zu halten. Sie selbst arbeiten schon seit geraumer Zeit in Deutschland, kennen Land, Leute und Unternehmer und haben sich ein Stückchen zusammengekarrt, mit Hilfe dessen sie ihre Landsleute in elender Weise behandeln. Der Arbeiter, den die Arbeitgeber diese negriere gegen, in stark, und viele von ihnen wurden der italienischen Gewerkschaftszeitung angezeigt, um wegen ihrer Lebhaftigkeit, die sie gegen ihre armen Landsleute vertrieben, an den Pranger gestellt zu werden. Der italienische Bauhandwerker ist zu Hause (in der Provinz Udine, wo sie fast alle herkommen) ohne Geld und arbeitslos. Wie ein Gott aus der Maschine erscheint dann der capo (Barthier); er bietet Arbeit nach dem Auslande, er schickt das Meiste weg vor, und es gelingt nur Wenigen, sich aus seinen Klauen zu befreien. Der negriere ist das größte Übel, welches in der italienischen Bewegung existiert und muss mildeßlos „bis aufs Messer“ bekämpft werden.

Das Bindeglied zwischen deutschen und italienischen Arbeitern, das einzige, was wir heute besitzen, das italienische Organ, erschien im ersten Jahre alle 14 Tage und im ersten Winter alle drei Wochen. Den plausiblen Wünschen aus italienischen Kreisen, die Zeitung jede Woche erscheinen zu lassen, kommt die Generalkommission hinsichtlich der immerhin noch großen Notwendigkeit der Herausgabe des Blattes verunsichert, nur so ist Eingegangen zu zeigen, dass sie den „Operaio Italiano“ diesen zweiten Winter nun auch klug erledigen lässt. Dies ist freudig zu begrüßen, da die Zahl der in den Wintermonaten nach dem Heimatlande zurückgekehrten italienischen Bau- und Steinarbeiter eine beträchtliche ist, die unbedingt und mit grossem Interesse auf Nachrichten aus Deutschland wartet, die Zeitung unter ihren Arbeitsbrüdern verbreiten und so der Propaganda vorzügliche Dienste leisten. Mit dem immer zahlreicher werdenden Eintritt der Italiener in die deutschen Gewerkschaften werden wir nicht nur eine höhere Garantie besserer Ausübung der Solidarität seitens der Italiener haben; wir werden nicht nur sicherer sein, dass die Italiener gleichen Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen mit uns teilen; sondern auch die Lasten, welche die italienische Agitation den bestehenden Gewerkschaften auferlegt, werden sich durch die steigenden Mitglieder- und Streikbeiträge vermindern, so dass man, ohne die Ausgaben für die italienische Bewegung noch mehr zu erhöhen, zur

vorher zehntägigen, dann aber zur wöchentlichen Herausgabe des italienischen Blattes schreiten könnte. Der moralische Vorbehalt wäre ein großer.

Sehr bedauerlich ist das, welches statistischen Materials, die italienischen Arbeiter in Deutschland bestreift. Es fehlen uns auch die minimalsten Angaben, in welcher Zahl sie überhaupt in Deutschland arbeiten und auf welche Handwerke sie sich verteilen. Wir gehen wohl nicht sehr, wenn wir die Gipsfigurenbänder und die Orgelpfeiler bei Seite lassen, Letztere sind auch nicht mehr so zahlreich, dass die Bauarbeiter (Maurer, Hüttarbeiter, Stoffarbeiter) die zahlreichsten sind. Ihnen folgen die Steinmetze, Bildhauer und die Bergarbeiter, welche Letztere auch in bedeutender Zahl in Deutschland, besonders in Bochum, sich befinden. Eine Statistik, welche uns vorläufig Ausklärung wenigstens über die Zahl der Bau- und Steinarbeiter brächte, halten wir für wünschenswert, ja für unerlässlich, und wären die Monate Juli und August, also die Hochsaison, am geeignetesten, eine diesbezügliche Umfrage zu halten. Man würde dabei gleichzeitig feststellen können, wieviel Italiener sich in unseren Organisationen befinden, was sie besteuern und was sie kosten. Daran könnte die Agitation, die heute nur durch den „Operario“ und durch eine geringe Zahl von italienischen Flüchtlingen besorgt wird, durch die mindliche verstärkt und durch Vermehrung der Zahl der Flüchtlinge erweitert werden.

Die italienische Agitation, also die Einberufung von gemischten Versammlungen, wo die Italiener sich unter ihrer Muttersprache die Lage der Arbeiterschaft Deutschlands geschildert wie, wo ihnen Rechte und Pflichten der Verhandlungen ausgenommen werden und die Solidarität gegen ihre deutscher Arbeitgeber gepredigt wird, muss, wo irgend wo angangig, in Wert gebracht werden. Für Glas-Lothringen und für Süddeutschland ist dies nicht altijd schwer, da wir in Basel und Bielefeld Anlaufpunkte haben, von wo aus bequeme Reisen zu haben sind, die des Deutschen und Italienischen mächtig sind und die die nötige Agitation entfalten können, um die italienischen Arbeiter zum Eintritt in die deutschen Gewerkschaften zu veranlassen. Aber auch in Mittel- und Norddeutschland muss die italienische Agitation unbedingt einzehen und gemischte Versammlungen überwunden werden, wenn sich die Polizeiaffäle nicht entgegen stellen. Liberal, wo eine Anzahl Italiener ankommen, muss es wenigstens versucht werden. Wo Polizeiabnugungen die gemischten Versammlungen und das Italienisch sprechen in denselben nicht gestatten, da sind die Italiener in den Wirtschaften, wo sie verkehren, von einer italienisch sprechenden Person aufzufinden, und in zwanglosen Gesprächen in das zu lernen, was in Versammlungen nicht geschehen kann. Die geeigneten Leute dazu zu finden, ist weniger schwer, als man glaubt, wenn untererst das Wille vorhanden und das nötige Geld dafür geopfert wird. Es befindet sich unter den italienischen Arbeitern in Deutschland eine Zahl sehr intelligenter Kräfte, die wir uns zu dieser Arbeit heranziehen könnten, ohne unsere Kräfte alzu sehr in Anspruch zu nehmen. Wir werden in dieser Weise in der italienischen Bewegung schnell vorwärts schreiten. Agitatorisch bestellt sind uns auch unsere Gegner, die Italiener selbst, die durch die schlechte Behandlung, welche sie den hilflosen fremden Elementen angehören lassen, durch ungerechte Lohnabzüge und sonstige kleinliche Magereien die fremden Arbeitern in ihrer Lager treiben. Die bieten „Eingesandt“, welche im „Operario“ unter dem Titel: „Wie man Italiener bestellt“, veröffentlicht werden, geben davon ein gutes Beispiel. Diese Arbeit, wie auch Hunderte anderer Anfragen, beweisen auch, dass die Italiener in ihrer Bedeutung die italienische Zeitung als ihren legitimen Beträger ansehen.

Nostalgisch wäre nun auch, dass in Italien selbst die Agitation betrieben würde; aber wie schon in ersten Theil dieses Artikels gesagt wurde, sind die direkten wirtschaftlichen Organisationen seit Mai 1898 vollständig von der italienischen Poststreichwehr zerstört und erheben sich nur langsam wieder, doch vorläufig eine Brüderlichkeit vor, nicht zu erwarten ist. Die in Turin wieder aufgerichtete Bauarbeiterorganisation steht noch auf schwachen Füßen, das sie selbst noch Hilfe bedarf, um wieder in den Sattel zu kommen. Ihr Organ, die „Edilia“, erscheint monatlich einmal. Ebenso hat sich kurz vor Weihnachten 1899 die Steinarbeiterorganisation mit dem „S. in Mailand“ konstituiert. Wir können also die Agitation, die schon in diesem Winter, speziell in der Provinz Udine, drohend nötig ist, und von den aus Deutschland zum Winteraufenthalt in die Heimat gegangenen, in Deutschland organisierten italienischen Maurern und Steinmetzfolgen direkt gewinnen und, ebenso wie es sich empfehlen, von Trient, das eine gut organisierte Arbeiterschaft und eine Arbeitskammer in der Via Calopina 12 hat, einen Referenten nach Udine zu senden.

Die Ortschaften, die vorzüglich in Udine zu bedient wären, sind: Prato Carnico, Nigolato, Comelico, Oderzo, Ampezzo, Canevano, Villa Santina, Paluzza, Canale, Tolmezzo, Cabasso, Cianello und Cafaro, vor wo sich eine beträchtliche Zahl italienischer Arbeiter, die nach Deutschland und Österreich auswandern und unter denen eine nicht kleine Zahl in Deutschland Organisir, sich befindet, mit ihrer ganzen Kraft für die Propaganda einzutreten beginnen. Sind erst die italienischen Organisationen nicht auszunutzen, vielleicht dürfte es sich empfehlen, von Trient, das eine gut organisierte Arbeiterschaft und eine Arbeitskammer in der Via Calopina 12 hat, einen Referenten nach Udine zu senden.

Die Arbeitgeber, die vorzüglich in Udine zu bedient wären, sind: Prato Carnico, Nigolato, Comelico, Oderzo, Ampezzo, Canevano, Villa Santina, Paluzza, Canale, Tolmezzo, Cabasso, Cianello und Cafaro, vor wo sich eine beträchtliche Zahl italienischer Arbeiter, die nach Deutschland und Österreich auswandern und unter denen eine nicht kleine Zahl in Deutschland Organisir, sich befindet, mit ihrer ganzen Kraft für die Propaganda einzutreten beginnen. Sind erst die italienischen Organisationen nicht auszunutzen, vielleicht dürfte es sich empfehlen, von Trient, das eine gut organisierte Arbeiterschaft und eine Arbeitskammer in der Via Calopina 12 hat, einen Referenten nach Udine zu senden.

Einer der wichtigsten Punkte, ja der wichtigste, ist die italienische Emigration; aber diese Frage ist auch am schwersten zu lösen. Es lengtht wohl jedem ein, wie verdecklich die Emigration ist, wenn sie sich nach einem Punkte hinstellt, wie z. B. im Vororten nach Elsdorf-Lothringen. Nicht nur für die eingeborenen Arbeiter, die in die Einwanderung der Italiener von Schweden, sondern für die Einwanderer selbst, welche sich alsdann gegen seitig befehlend und die Arbeitsbedingungen herunterdrücken.

In diesem Artikel die aufwändigste und wichtigste Materie, der Emigration noch zu behandeln, ist nicht möglich. Was aber von den deutschen Gewerkschaften schon in diesem Freiheitstag auf die italienischen Organisationen in der Schweiz, Ligurien als Eingangspunkt und Basel als Ausgangspunkt, auf die italienischen Organisationen in Österreich, Triest und auch Wien, einwirken, das ist nicht der ganze Strom der Einwanderung auf einen Landeskampf Deutschlands ereicht und das die Einwanderung nicht Dimensionen annimmt, welche den berühmten Arbeiter großen Schaden zufügt, ohne den Italiener zu nutzen. Und dieses ist auszuführen.

Die italienische Bewegung in Deutschland, welche von den Gewerkschaften Deutschlands so opferstreichig in's Leben gerufen

wurde, wird ihre guten Früchte für die deutschen Arbeiter tragen; aber nicht nur für diese allein, sondern auch für die italienischen Arbeiter, welche es freudig begrüßt werden, wenn sich ihre wirtschaftliche Lage durch die Bewegung ebenfalls bessern wird; und sie nicht mehr der Sündball der Laune des deutschen Unternehmers sein werden. Die Erziehung und Disziplinierung der Italiener in den deutschen Organisationen wird sich in zwei, drei Jahren auch in Italien fühlbar machen und unzweifelhaft auf die heutige gerrittene wirtschaftliche Arbeiterverhältnisse dort wohlthätig einwirken. In diesem Sinne ist die italienische Bewegung in Deutschland eine Kulturkraft von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Aus unserer Bewegung.

(Die Schriftführer werden erlaubt, nur schwaches Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben. Wird ein großer Bogen Papier benötigt, so soll man ihn nicht blas durchbrechen, sondern gleich auseinander schneiden, weil sonst gewöhnlich über die Bruchstelle auf beiden Seiten hinweg geschrieben und dadurch eine nachsorgige Trennung unmöglich wird. Berichte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt.)

Bestellungen auf die Nr. 4 des „L'Operario Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 19. Februar, eingegangen sein. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richten man direkt an die Redaktion des „L'Operario“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

Die Zahlstelle Altona hielt am 28. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider war dieselbe wie gewöhnlich nur schwach besucht. Genosse Heinz-Hamburg, Sekretär der Bauarbeiterforschungskommission, hielt einen Vortrag über „Die baugewerbeleiche Arbeitsaufgaben in Deutschland“. Eine vorzüchliche Ausführungsweise darin, daß der Schuh des Bauarbeiters während seiner Arbeit ein sehr mangelhafter ist. Die Anregung und Petitionen der Arbeiter, die Bauarbeiterfrage auf reichsgesetzlichem Wege zu regeln, wird in Regierungskreisen als unumführbar, bezeichnet, dann nach Ausflügen des Staatssekretärs B. Polowodow ist dieselbe nur durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten zu regeln, welches als hinfällig bezeichnet werden müßte, denn technische Hindernisse stehen der reichsgesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit nicht entgegen. Wohl haben einzelne Bundesregierungen sich verantworflicht, dieser Frage näher zu treten und diesbezügliche Verordnungen erlassen; doch diese sowie Ortsbaupolizeiverordnungen, Genervereinbarung, Strafgesetze und die Berufsgenossenschaften mit ihren Aufsichtsbehörden verordnen haben nicht vermocht, die Zahl der Unfälle zu vermindern. Schärfe indirekt Melder auch den Zustand der Baubuden, welche oft einem Schweinstall ähnlicher als einem Auerhahn für Menschen seien. Vertreter der Staatsoberleitung herzt an den meisten Orten ein wahres Unheil, zumal in Norddeutschland. Die Koalitions- und Rentenfrage wurde gleichfalls vom Rektor eingehend behandelt. Nur eine starke Organisation vermöge eines wirtschaftlichen Bauarbeiterverbands herbeizuführen; auch dahin haben wir zu wirken. Meister Böhlouloz lohnte den Redner. Der Bevollmächtigte Marx's teilte mit, daß zur Aufklärung der Kosten für die italienische Arbeitsforschungskommission die Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter pro Mitglied und Jahr 10,-, alle anderen davon beteiligten Gewerkschaften 5,- zu zahlen hätten.

Die Zahlstelle Boizenburg hielt am 1. Februar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege G. Müller aus Lübeck referierte über „Die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter“. Hieran entnahm eine lebhafte Debatte über die niedrige Lohnbewegung. Die Unternehmer haben es bis jetzt noch nicht der Mühe wert gehalten, der Lohnkommission zu antworten. Nur ein Sprung in Vertrag kommender Unternehmer hat in einer Sache an die Lohnkommission erklart, daß er die gestellten Forderungen, schätzungsweise Arbeitszeit und 32,- pro Stundenlohn, rundweg ablehne. Am Großen und Ganzen geht aber doch ans ihrem Gebaren her vor, daß sie es mit der Angst bekommen, indem sie durch allerdank Wirtschaftliche die Besitzer einzufrieden versuchen. So hat z. B. sich einer der Unternehmer verlaufen lassen, wenn die Besetzung zum 1. April stechen wollen, mußte er sich so einrichten, daß bis dahin seine Bauten ziemlich fertig sind. Kollege Müller führte noch aus, daß die Kollegen sich durch solche Nebensachen nicht einschließen lassen, und sich nicht etwa zu unüberlegten Handlungen verleiten lassen, sondern nur die Zeit abwarten sollten. Daraufhin wurde beschlossen, daß die Lohnkommission eine Sitzung unter sich anberaumen sollte, und zu dieser die Unternehmer einzuladen, damit möglichst eine Einigung auf gütlichem Wege zu Stande kommt.

In der am 4. d. M. in Bromberg stattgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete Kollege S. v. d. Breit einen Bericht über die Tätigkeit der Zahlstelle im verflossenen Jahre.

Ertheile dazu mit, daß er in Nadel gewesen ist, um die dortigen Kollegen zum Antritt an den Verband zu bewegen; ebenfalls wurden die Kollegen eine Helfszahlstelle errichtet. Als Delegierter für die Konferenz in Teltow wurde Kollege Sydow gewählt. Den Bericht der Lohnkommission ist zu entnehmen, daß die Unternehmer das alle Gewerk eingetragen und dafür eine moderne Zinnung mit dem Gesellenanschuß als Dekoration geprägt haben. Die Lohnkommission wird von der Annahme nicht anerkannt. Sie will vielmehr nur mit dem Gesellenanschuß verhandeln. Es wurde beschlossen, die Lohnkommissionen zu beauftragen, die Verhandlungen mit der Zinnung durch den Gesellenanschuß zu verfolgen. Von den anderen Unternehmern ist bisher eine Antwort auf die gestellte Forderung noch nicht eingegangen. Hieran erfolgte die Wahl eines Festeomitees, welches das erste Stiftungsfest mit der Maifeier vorzubereiten hat. Dem Kollegen Sydow wurde die Erwerbung eines Exemplars „Das Arbeiterricht“ beauftragt. 40 Kollegen erklärten sich bereit, der Centralcafétafel „Grundstein zur Einigkeit“ bezutreffen und eine örtliche Verwaltungsstelle dieser Kasse zu errichten. Nach Erreichung einiger minder wichtiger Angelegenheiten erfolgte mit einem braunen Hoch auf die moderne Arbeitersbewegung Schluß der Versammlung.

Die Zahlstelle Charlottenburg hielt am 21. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte berichtete über die Tätigkeit der Zahlstelle und des Gemeinschaftsverbandes im verflossenen Jahre und wies im Ver-

sonderen auf die Berliner Ausstellung sowie auf die Agitation gegen die Buchausstellung hin. Im Weiteren wurden die Kollegen aufgerufen, für die gewissenhafte Ausführung der Arbeitslosenversicherung zu wirken, damit ein genauer Überblick über die Arbeitslosigkeit erzielt werde. Den Kassenbericht gab der Kassierer. Die Einnahme betrug M. 2838,15; die Ausgabe M. 2265,29, blieb Bestand am Orte M. 372,76. Die Zahl der volzahllenden Mitglieder betrug 796. Die Mäßigkeit der Abrechnung und Kasse wurde von den Revisoren bestätigt. Als Bevollmächtigter wurde Kollege H. Böhlouloz und als Kassierer Richard Milly gewählt. Einem französischen Kollegen wurden M. 30 aus der Postalität bewilligt.

In der am 4. d. M. abgehaltenen Generalversammlung der Zahlstelle Cuxhaven wurde von den Kollegen H. Böhlouloz, der Wunsch laut, die Mitglieder möchten in ihrem eigenen Interesse ihnen aufzuhelfen. Unfall sofort bei dem Kollegen Olszendorff melde. Es mag sich dies um so mehr handeln, als es sich gezeigt habe, daß sonst eine sehr lange Zeit vergehen könnte, wie dies bei dem Kollegen Helm der Fall war, bevor ihnen eine Menge zugestellt werde. Diesen Kollegen sei erst nach Ablauf von 22 Wochen und auch erst auf das energetische Verteilen des Kollegen Kreisring eine Rente gebilligt worden. Im selben Sinne äußerte sich auch Kollege Olszendorff und fragte noch hinzu, daß man auch die leichteren Unfälle, wie Durchbrüchen u. dergl. zur Anzeige bringen möge, da man nie wissen könne, welche Folgen dieselben nach sich ziehen. Hierauf verlas der Kassier die Abrechnung vom vierter Quartal v. J. und gab sodann einen Überblick über die Bauarbeiterverhältnisse im verflossenen Jahre. Darauf betrug die Gesamtsumme eingehoben inkl. Kassenbestand M. 480,55. Abgeführt wurden an der Hauptpost M. 238,00 für Wochenbeiträgen und M. 57,78 für den Streitfonds. Der lokale Gesellenverband betrug am Schluss des Jahres M. 79,87. Dem Kassier wurde Decharge ertheilt. Als Bevollmächtigter wurde Ang. H. Böhlouloz gewählt. Dem abtretenden Bevollmächtigten wurden M. 10, dem Kassier M. 5 für seine Wiederwahl zugestellt. Mit einem lebhaften Appell seitens des Bevollmächtigten, recht kräftig für die Interessen des Verbandes zu wirken, erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

Mittwoch, den 31. Januar, fand in Dresden im Saale der „Gärtner's Hu“ eine öffentliche Maurerversammlung statt. Der Vertrauensmann, Kollege Friedrich, eröffnete Bericht, der von Kollegen Strobel als Stellvertreter bestätigt wurde. Kasse nebst Büchern und Rechnen wurden in Ordnung befunden und wurde hierauf von der Versammlung dem Vertrauensmann Entlastung ausgesprochen. Kollege Friedrich wurde als Vertrauensmann neuzeitlich einstimmig wiedergewählt. Kollege Horster gab einen kurzen geschäftlichen Rückblick über unsere Organisation und die Räume derselben. Speziell der Arbeitsverbund und die von diesem beabsichtigten Maßnahmen wurden gebührend kritisiert. An verschiedenen Beispiele zeigten, wie wenig leistungsfähig Gewerkschaften mit geringen Mittelstand sind, bedenkt er die Nothwendigkeit, zum Streitfonds zu zahlen. Im gleichen Sinne sprach Kollege Hartwig, der auf die Orte stadtgeniedenen Räume hinzuwies, welche schwere Opfer erforderten. Das von den Dresdner Unternehmern nichts zu erwarten sei, hätten die Weißgläser derselben von 28. Dezember vorigen Jahres bewiesen. Man müsse zu neuen Kampfen austra, dazu gehöre aber auch Gelb. Auch für die höchsten Kollegen sei es wunderlich, einen höheren Beitrag als bisher zu bezahlen. Es wurde über folgende drei Anträge abgestimmt: 1. Der Streitfondsbetrag wird auf 50,- pro Woche festgesetzt, und zwar gleichmäßig für Betriebsverhältnisse und Leidige. Sollten außerordentliche Umstände eintreten, so ist der Beitrag auf M. 1 oder 2 wiederholt zu erhöhen. 2. Der Streitfondsbetrag wird auf 40,- pro Woche festgesetzt. Die Beitragszahlung beginnt am 17. Februar und endet am 1. Dezember. 3. Wer für Tage oder länger in der Woche feiert oder arbeitslos ist, ist vom Beitrag befreit, sofern er seine Karte rechtzeitig dem Vertrauensmann zur Abrechnung vorlegt. Nach langem Für und Wider wurde der Antrag 1 gegen 30 Minuten abgelehnt, dagegen die Anträge 2 und 3 gegen zwei Stimmen angenommen. Alsdann wurde bestimmt, den Maurer Otto Nährer aus dem Verbande auszuschließen. Derselbe hatte sich während der Steinarbeit auszugsweise verschieden vergeflogen zu Schulden kommen lassen. Die damalige Streitfondskommission hat er mehrheitlich in gemeiner Weise verdeckt, unter Anderem behauptet, daß sie ihm die zugeschneide Unterstützung wirtschaftlich vornehmen hätte. Maurer vertheidigt sich mit Schwach, auf die Hauptkasse nicht eingehend. Die Versammlung stimmte den Ausschluß einstimmig zu. Maurer liegen die Sorgen um Tageslohn, gegen den ebenfalls Ausschluß beantragt war. Tageslohn ist anlässlich unseres Streits als Disanzian und Haftpflichtszeugnis gegen einen Kollegen aufgetreten. Als ihm dann aus seines Verhaftes von mehreren Kollegen darüber Vorwürfe gemacht wurden, erklärte er: „Läßt mich in Ruhe, ich habe mich, hat mir das Recht gegeben. Jeden mit dem Messer niederrazieren, der mir zu nahe kommt.“ Der Ausschluß erfolgte einstimmig. Horster gab jedoch bekannt, daß die Streitfondskasse in Ordnung steht. Er ermahnte, bei solchen Angelegenheiten vorsichtig zu verfahren, damit nicht ein Kollege gründlos beschuldigt werde.

Am Sonntag, den 28. Januar, hielt die Zahlstelle Cuxhaven in Bremervörde ihre regelmäßige, nicht allzu gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Für die Führung der Lohnkommission wurde den Kassierer Entlastung ertheilt. Sodann wies der Bevollmächtigte auf Arbeit im Orte und den mitliegenden Dörfern Wilhelmsburg und Friedrichsberg hin und forderte die Mitglieder des Verbands (Hauptstadtlich die in der Versammlung nicht anwesenden Mitglieder), auf, in diesen Orten jetzt unter dem üblichen Lohn zu arbeiten. Nach einer Erklärung, die Versammlungen besser zu besuchen und die Arbeitslohnunterschäfte auszugütern, erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf das gute Gedächtnis unserer Zahlstelle.

Die Zahlstelle Elbing hielt am 28. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Folgender Lohnkärtchen wurde beschlossen, er soll sechsmalst an die Unternehmer abgeschickt werden: Arbeitszeit 11 Stunden (bisher 12-13); Durchschnittslohn 40,- pro Stunde; für Überstunden einen Lohnaufschlag von 10,- pro Stunde; für Nacht- und Sonntagsarbeit einen Lohnaufschlag von 20,- pro Stunde; für Waffersatz einen Lohnaufschlag von 10,- pro Stunde und Lieferung von Waffersatz; für Niederlandarbeit einen Lohnaufschlag von 4,- pro Stunde; für die Sanitätsbediensteten 1 Stunde pro Tag ohne Lohnabzug; Errichtung von Baubuden und Abarten, die den sanitären Ansprüchen genügen; keine Mahlregelung wegen

Geburtenfeier zur Organisation; Anerkennung der freien Hülfsschrankenlohn. Dieser Lohnkärtchen soll am 1. April 1900 in Kraft treten. Es wurde den Kollegen an's Herz gelegt, recht tüchtig für den Verband zu agitieren, damit kein Maurer der Organisation fern bleibe. Vorausichtlich werden wir eine sehr rege Bautätigkeit haben und nicht in unserer Nachbarschaft Marienburg ist viel Arbeit in Aussicht infolge des großen Brandes.

7 Kollegen ließen sich aufnehmen. Zum Punkt „Vertriebene“ kritisierte der Bevollmächtigte das Verhalten des Gendarmen aus Neuried-Niederberg, der den Wirth Südde beeinflußt, seinen Saal nicht zur Versammlung herzugeben. Ob dies auch zur Amtshäufigkeit des Herrn Gendarmen gehört? Mit der Bitte an die Kollegen, recht tüchtig die Versammlungen zu besuchen und auch ein Arbeiterslat, die „Vollstrième“, zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Am Sonntag, den 4. Februar, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Elchingen im „Schützenhaus“ statt. Im Punkt 1 wurde der Bericht von der Lohnkommission die Unterhandlung mit den Meistern mitgetheilt. Es wurde von der Versammlung beschlossen, 88,- Lohn pro Stunde festzulegen. Kollege Schneeburg stellte den Antrag, für Junggesellen im ersten Gesellenjahr 25,-, im zweiten Jahre 27,-, im dritten Jahre 30,- pro Stunde und im vierten Jahre 33,- Lohn zu fordern; dieses wurde von der Versammlung beschlossen. Für Nebenstunden wurden 88,- für Nacht und Sonntagsarbeit 48,- und für Waffersatz 45,- pro Stunde von der Versammlung festgesetzt. Im Punkt 2 legte der Kassier die Rechnungen vom ganzen Jahre vor und es wurde ihm Decharge ertheilt. Im 3. Punkt wurden zwei Mitglieder aufgenommen. Im Punkt „Vertriebene“ stellte Kollege E. F. am an den Antrag, den Lohn für die älteren Kollegen zu regulieren. Dieser Antrag wurde von der Versammlung der Lohnkommission zur Regelung übertragen. Rufe ermahnende Kollegen der Lohnkommission die Stoffabfüller sorgfältig auszufüllen. Schluß der Versammlung 7 Uhr Abends.

Am 1. Februar hielt die Zahlstelle Flensburg eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit der Errichtung einer Unterstützungsstiftung beschäftigte. An einer früheren Versammlung war schon eine Kommission zur Ausarbeitung der Statuten gewählt worden und legte dieselbe nunmehr ihre Arbeit vor. Es soll Unterstützung in Krankheitsfällen geleistet werden und zwar 4,- pro Woche. Der wochenlange Betrag soll im Sommer 10,- und im Winter 5,- betragen und soll die Kasse am 1. April d. J. in Kraft treten. Die Versammlung beschloß mit Entwurf gemäß. Alsdann halte ich die Versammlung mit der Mahlregelung des Kollegen Schröder seitens des Maurermeisters Pöhler zu beschließen. Der Gemahnpakt wird vorläufig unterstellt. Des Weiteren gelingt zur Mitteilung, daß die Unternehmer beschlossen haben, vom 1. April ab den Stundenlohn um 3,- zu erhöhen, und einer wurde auch schriftlich genommen von der fürstlich erlaubten Baupolizeiverordnung zum Schutz der Arbeiter, die allerdings viel zu wünschen läßt. Unmerklich werden die Kollegen dafür anzupassen haben, daß das bischen Schnitt, das in der Verordnung vorgeschrieben ist, auch praktisch zur Geltung kommt.

Am Sonntag, den 4. Februar, hielt die Zahlstelle Freiberg i. M. ihre Generalversammlung ab; es waren alle Mitglieder eingeladen und auch recht zahlreich erschienen. In die örtliche Verwaltung wurden Paul Meierling, als Bevollmächtigter, und Karl Voigtmaier als Kassier gewählt. Der Bevollmächtigte berichtete über den Stand der Organisation und über die Lage der Maurer. Die Golsberger Kollegen haben jetzt nach dem neuen Preis von 80,-, welcher am 1. April verflossenen Jahres in Kraft getreten ist, bis zum 25. November einen Jahresdienstbetrieb von M. 54,54 zu 10½ stündiger Arbeitszeit. Nun soll auch die andere Zeit ein Maurer M. 60 zu verdienen, dann hat er ein Entommen von M. 600 jährlich, dagegen im Vorjahr bei elfstündigiger Arbeitszeit und 28,- Stundenlohn für die gleiche Zeitspanne einen Verdienst von M. 528,66. Aljo in diesem Jahre M. 16,88 mehr Verdienst und während des Sommers eine halbe Stunde Arbeitszeit weniger. Die Zahlstelle hat 20 Mitglieder, und haben die 20 Männer 1820 Stunden gegen früher weniger gearbeitet. Damit war unter sonst gleichen Verhältnissen für einen Mann mehr Arbeit geschaffen. Wenn man den ganzen Mehrverdienst von M. 18,22 gegen die Verbandsbeiträge hält, so stehen sich die Kollegen immer in jeder Beziehung besser und haben alle Erfache, für den Verband einzutreten. Sollten wir den Verband nicht gehabt, so hätten wir auch im Vermehrung unsere Vorphörung nicht durchgeführt. Wenn wir nun unsere Lage als Arbeiter so recht beobachten, so müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß unser Entkommen unbedingt erhöht werden muß. Wie haben wir Ausgaben die Haushalte Landes- und Stadtvorsteher, Ackerpacht, Feuerwehr, Kleidung, Schuhgebühr u. dergl. mehr zu verzeichnen. Dafür geben M. 300 voll auf. Dann bleibt einer fünfköpfigen Familie noch M. 200 übrig, auf den Kollegen gerechnet M. 60. Mit dieser Summe können wir auch in der Kleinstadt nicht die Ausgaben für Lebensmittel bestreiten. Darum muß jeder Kollege daran trachten, das Lohnverhältnis zu verbessern. Dies kann aber keiner allein, dachte auch die ganze Kraft der Organisation vereinigten Kollegen eingestehen. Die vom Kaiser verfasste Abrechnung wurde von den Revisoren und den Bevollmächtigten bestätigt.

Am Sonntag, den 28. Januar, hielt die Zahlstelle Görlitz in ihrer Holzhäusern eine öffentliche Versammlung ab. Der Bevollmächtigte berichtete über den Stand der Organisation und über die Lage der Maurer. Die Görlitzer Kollegen haben jetzt nach dem neuen Preis von 80,-, welcher am 1. April verflossenen Jahres in Kraft getreten ist, bis zum 25. November einen Jahresdienstbetrieb von M. 54,54 zu 10½ stündiger Arbeitszeit. Nun soll auch die andere Zeit ein Maurer M. 60 zu verdienen, dann hat er ein Entommen von M. 600 jährlich, dagegen im Vorjahr bei elfstündigiger Arbeitszeit und 28,- Stundenlohn für die gleiche Zeitspanne einen Verdienst von M. 528,66. Aljo in diesem Jahre M. 16,88 mehr Verdienst und während des Sommers eine halbe Stunde Arbeitszeit weniger. Die Zahlstelle hat 20 Mitglieder, und haben die 20 Männer 1820 Stunden gegen früher weniger gearbeitet. Damit war unter sonst gleichen Verhältnissen für einen Mann mehr Arbeit geschaffen. Wenn man den ganzen Mehrverdienst von M. 18,22 gegen die Verbandsbeiträge hält, so stehen sich die Kollegen immer in jeder Beziehung besser und haben alle Erfache, für den Verband einzutreten. Sollten wir den Verband nicht gehabt, so hätten wir auch im Vermehrung unsere Vorphörung nicht durchgeführt. Wenn wir nun unsere Lage als Arbeiter so recht beobachten, so müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß unser Entkommen unbedingt erhöht werden muß. Wie haben wir Ausgaben die Haushalte Landes- und Stadtvorsteher, Ackerpacht, Feuerwehr, Kleidung, Schuhgebühr u. dergl. mehr zu verzeichnen. Dafür geben M. 300 voll auf. Dann bleibt einer fünfköpfigen Familie noch M. 200 übrig, auf den Kollegen gerechnet M. 60. Mit dieser Summe können wir auch in der Kleinstadt nicht die Ausgaben für Lebensmittel bestreiten. Darum muß jeder Kollege daran trachten, das Lohnverhältnis zu verbessern. Dies kann aber keiner allein, dachte auch die ganze Kraft der Organisation vereinigten Kollegen eingestehen. Die vom Kaiser verfasste Abrechnung wurde von den Revisoren und den Bevollmächtigten bestätigt.

Am Sonntag, den 28. Januar, hielt die Zahlstelle Görlitz in ihrer Holzhäusern eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Paul-Dietrich hielt einen Vortrag über die Frage: „Warum sind wir Arbeiter arm?“ Der Referent verstand es, den Anwesenden den Unterschied zwischen Kapital und Arbeit vor Augen zu führen. Er bewies die drohende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und zeigte auch deutlich, wie das ohnehin ganz unzulängliche Entkommen des Volkes durch die falsche Steuergesetzgebung sowie durch den Militarisimus zu Waffern und zu Lande auf Schwere in Anspruch genommen würde. Redner erinnerte lebhaft den Vortrag, die Waffengesetzgebung und Kasse wurden für richtig befunden und der Kassier Decharge ertheilt. Im Punkt „Vertriebene“ wies Kollege Voigt noch auf die Reden und Speisen hin, welche zu Kaiser's Geburtstag in den sogenannten

besseren Hotels produziert und konsumiert worden sind. Sehr viele Arbeiter aber wären wohl nicht in der Lage gewesen, sich an Kartoffeln und Kartoffelkäse statt essen zu können. Womit ermächtigte die Anwendung, seit und treu zur Organisation zu halten, dann würden auch die Arbeiter endlich in der Lage sein, an den Gewissen und Freuden des Lebens teilnehmen zu können. Darauf erfolgte Schluß der interessanten und zahlreich besuchten Versammlung.

Die Bahnhofsstelle Hagen i. W. hielt am 8. Februar ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete den Jahresbericht. Es fanden 28 Mitglieder und 6 öffentliche Versammlungen statt, und es ließen sich 57 Mitglieder aufnehmen, so daß die Zahl der Mitglieder am Schluß des Jahres 1900 betrug gegen 149 im Vorjahr. Die Organisation hat also in diesem Jahre einen guten Fortschritt gemacht. Leider haben nicht alle Mitglieder ihre Pflicht voll erfüllt, sonst hätte die Einnahme eine weit größere sein müssen, als sie wirklich ist. Nach Erledigung des Berichtes wurde eine Geschäftsordnung für die örtliche Verwaltung resp. deren Abteilungen verabschiedet. Sodann wurden größtentheils die bisherigen Verwaltungsbeamten wiedergewählt. Beschlossen wurde noch, in nächster Zeit ein Winterfestszettel zu feiern. Zum Schluß ermahnte der Bevollmächtigte, Kollege Schäfer, die Mitglieder, auch in diesem Jahr unentwegt zu agitieren, damit wir auch im Stande sind, unsere Lohnforderungen zur Geltung zu bringen.

In Pettendorf erfolgte in der Versammlung am 2. d. M. die Quartals- und Jahresabrechnung. Es wurden im vergangenen Jahre vereinbart $\text{M} 137,95$. Davon wurden an die Hauptstelle gesandt $\text{M} 168,03$. An lokalen Ausgaben waren $\text{M} 7,86$ zu verzeichnen, und die Poststelle wies am Schluß des Jahres einen Bestand von $\text{M} 29,06$ auf. Die Mitgliederzahl betrug 18. Die Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem ersten im Monat, Nachmittags 8 Uhr, im Vereinslokal statt.

Am 28. Januar hielt die Bahnhofsstelle Gütersloh ihre erste diesjährige öffentliche Mitgliederversammlung ab, sie war sehr gut gewöhnlich schlecht besucht; das Interesse an der Organisation scheint bei den heisigen Kollegen so langsam einzufallen. Der Kassier verlas die Abrechnung vom vierten Quartal, wonach eine Einnahme von $\text{M} 188,24$ für die Hauptstelle und $\text{M} 11,92$ für den Streifonds erzielt wurde. Hierbei wurde von dem Kassier darauf hingewiesen, daß wir zum Streifonds viel mehr ausbringen könnten, wenn nicht die meisten Mitglieder unserer Bahnhofsstelle in großen Städten arbeiten und dort zum Streifonds steuern. Die paar Männer, die wir verrecken, sind nur von den Kollegen aufgebracht worden, welch hier arbeiten. Die Versammlung sah die Abrechnung für richtig und wurde dem Kassier Decharge erteilt. In die Verwaltung wurde der frühere Bevollmächtigte, Kollege Bläß, wiedergewählt, ebenso als Kassier Kollege Friedrich Baader. Der Bevollmächtigte legte den Kollegen noch kräftig an's Herz, auch in diesem Jahre tüchtig zu arbeiten, damit die Bahnhofsstelle immer fröhlicher wache und gelebt. Zu der am Sonntag, den 18. Februar, in Annaburg stattfindenden Bezirkskonferenz wurden drei Vertreter von unserer Bahnhofsstelle gewählt.

Am Montag, den 29. Januar, sang in Köln a. R. eine von der Verwaltung der Bahnhofsstelle einberufene öffentliche Maurererversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Warum stehen die Kölner Maurer bezüglich Lohn- und Arbeitsbedingungen hinter den anderen Bauhandwerken zurück?" sprach Kollege Müller-Effen. Nedder beantwortete die Frage kurz und frechen: "Weil sie selbst so wollen, weil sie sich nicht um die Verbesserung ihrer Lage gekümmert haben! Ein Weber misst sich vor die Brust, schlägt und eingeschlagen: auch ich bin mit schwül daran, weil ich meine Pflicht nicht gehorche habe. Während einzelne sich aufspören, Gesundheit und Fröhlichkeit auf's Spiel legen, steht der größte Theil der Berufskollegen fern. Auch das durchaus verantworfliche Handwerk in der Moltkestraße und die adroite Behandlung der Bauarbeiterforderungen seitens der städtischen Verwaltung haben den Kölner Maurern noch immer die Augen nicht geöffnet. Nicht eher werde es den Bauarbeitern gelingen, den nötigen Schutz für Leben und Gesundheit zu erreichen und eine genügend umfängliche Bauaufsicht herzustellen, bevor sie nicht als geschlossenes Ganzen dastehen. Und nicht eher werde den Maurern der aufzubringende Anteil an der geschäftlichen Masse aufallen, als sie nicht sämmtliche Mitglieder des Centralverbandes der Maurer Deutschlands sind. Nedder riechte das Ergebnis an die Versammlung, die Zeit der günstigen Bauaufsichtsfürnitur nicht zu verschließen, während die Unternehmer wachsen würden. In welcher Weise die Unternehmer würden, könnten die Maurer daraus erssehen, daß der Innungsgesellenauschuß gemahnt wurde. Der Allgemeine sei, obwohl er zu der Sitzung der Innung eingeladen war, vom Obermeister aus dem Rat vertrieben worden. Man wolle einen Gesellenauschuß als Staffage haben, aber zu sagen haben darf er nichts. Nachdem noch verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten gesprochen, erfolgte mit einem breitlachen Hoch auf die Arbeitbewegung, der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Sonntag, den 4. Februar, hielt die Bahnhofsstelle Kreisfeld ihre gewöhnliche Mitgliederversammlung ab. Leider war die Versammlung nur von sieben Mitgliedern besucht, selbst der Vorsitzende schätzte. Es ist doch wohl die Pflicht des Vorsitzenden, daß er zur Stelle ist oder sich hinreichend einschlägig macht, besonders jetzt, wo wir in Unterhandlungen stehen mit den Unternehmern wegen der diesjährigen Lohnförderung. Wir legen dem Vorsitzenden und sämmtlichen nachhaltigen Mitgliedern, bringend an's Herz, von nun an an die Versammlungen pünktlich zu besuchen und für das Wählen und Gedehnen der Organisation nach besten Kräften Sorge zu tragen. Dann wird es auch ein Vergleich sein, unsere Lohnförderung durchzubringen. Nächste Versammlung: Sonntag, den 18. Februar, Morgens 11 Uhr. Tagesordnung: "Die Lohnförderung."

In Künzlin wurde am Sonntag, den 4. Februar, eine Bahnhofsstelle der Maurerarbeiter vergründet. Die Versammlung, die vor der Nachbarzahnschule Alt-Schaumburg veranstaltet worden war, fand in Coloy-Latal statt. Es wurde auch beschlossen, den Künzliner Unternehmern einen Lohntarif zu unterbreiten. Zwei Unternehmer haben sofort auf eine frühere Anfrage hin die Forderung der Gesellen bewilligt.

Donnerstag, den 30. Januar, tagte die erste diesjährige Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Magdeburg. Dieselbe war wegen des schlechten Wetters sehr schwach besucht. Nach der Erörterung des verfeindeten Kollegen H. Günther in der üblichen Weise erhielt Genosse R. Mittel das Wort zu einem Vortrage, welcher an einleuchtenden Beispielen nachwies, daß die Arbeiter

immer mehr dem Elend anbelasteten sind. Zum zweiten Punkt verlas der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal, die sich folgendermaßen gestaltete: Einnahme der Hauptstelle $\text{M} 186,75$, Ausgabe der selben $\text{M} 186,75$, Einnahme des Streifonds $\text{M} 101,8$, Ausgabe $\text{M} 101,8$, Einnahme der Poststelle $\text{M} 180,75$, Ausgabe $\text{M} 188,86$, Kassenbestand $\text{M} 918,19$. Dem Kassier wurde Decharge ertheilt. Sodann wurde die Neuwahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen. Gewählt wurden Th. Schäfer, erster Bevollmächtigter; R. Kuhse, Kassier. Da die Verwaltung optimal schon von Mitgliedern um Unterstützung ersucht wurde und auch schon solche gewährt wurde, wird von Cabell ein Beitrag eingebracht, das jedoch ausgewöhnliche Unterstützung zu verweigern ist. Dasselbe wurde angenommen. Die Anträge der Kollegen Böhm an n. und Möller wurden abgelehnt. Dem Antrag Schäfer $\text{M} 100$ der Agitationskommission zu überweisen, wurde zugestimmt. Das frühere Mitglied Lindau, welches ausgeschlossen war, wurde wieder aufgenommen. Neben dem Bau des Unternehmens Stöckel wurde Beschwerde geäußert und die Kollegen des betreffenden Baues beantragt, Herrn Stöckel zu ersuchen, diese Mängel zu beseitigen; widergefallen soll der Siebenauer-Kommission die Sache zur Regelung überwiesen werden.

Zum 4. Februar tagte in Marienwalde die regelmäßige Mitgliederversammlung, welche sehr schwach besucht war; es waren kaum so viel Kollegen anwesend, um die örtliche Verwaltung zu Stande zu bringen. Zum ersten Bevollmächtigten wurde der Kollege August Holt und zum ersten Kassier Georg Kuckert wieder gewählt. Kollege Stark ermahnte die Kollegen, doch mehr zu wirken für die öffentliche Versammlung und drückte sein Bedauern darüber aus, daß auch das Sitzungsstiel so schlecht befand. Wenn es mit dem Verlust der Versammlungen nicht besser wär, dann werden die Marienwalder Kollegen bald wieder Untergang ihrer Bahnhofsstelle vor Augen haben. Dann wird der Wunsch der hiesigen Ortsgemeinden in Erfüllung gehen.

Am Montag, den 29. Januar, fand in der Bahnhofsstelle Merseburg im Postamt des Herrn Ebeling die erste Mitgliederversammlung in diesem Jahre statt, welche nur mäßig besucht war. Wie es scheint, halten manche Kollegen es nicht der Mühe wert, die Versammlungen zu besuchen. Es würde einen ganz anderen Eindruck auf die Unternehmer machen, wenn es heißt: "Die Versammlungen sind stark besucht." Die Abrechnung wurde vom Schriftführer, da der Kassier erkrankt war, verlesen. Dem Kassier wurde Entlastung erteilt. Kollege Paul Koch wurde zum ersten Bevollmächtigten und Kollege Friederich Klee zum ersten Kassier gewählt. Dann wurde das Anwortschreiben der Baugewerkschaft vorgelesen, in welchem sie erklärt, daß sie wohl geneigt wäre, $\text{M} 15$ pro Stunde als $\text{D} 12 \frac{1}{2}$ zu zahlen. In den übrigen Punkten aber will sie freie Hand behalten. Auf Anregung des Schriftführers wurde beschlossen, zwecks besserer Kontrolle Notformulare anzufertigen. Es liegen sich zwei Kollegen in der Verband auszuzeichnen.

Die Bahnhofsstelle Neuhausenberg hielt am 28. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Chr. Bittfeld begründete einen Antrag, Monatsversammlungen abzuhalten. Bissher wurden nur Quartalsversammlungen abgehalten. Der Antrag wurde aber von verschiedenen Medienten für unzweckmäßig gehalten und wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, außer der Quartalsversammlung noch eine Versammlung jedes Vierteljahrs abzuhalten. Die Kontrolleure der Arbeitslosenstatistik berichteten, daß die Ausfüllung der Bilder seitens der Mitglieder eine ziemlich gute ist. Nur einige Mitglieder wünschen, was sie ausfüllen sollen, weil es ihnen zu weitgehend vorkommt. Auf Anregung des Bevollmächtigten wurde beschlossen, an den Sammlungen für andere Gewerkschaften sich nur zu beteiligen, wenn die Sammlung der Bahnhofsstelle ausgeht.

Die Bahnhofsstelle Pößneck beschloß sich in mehreren Versammlungen mit der diesjährigen Lohnfrage. Es wurde ein Lohntarif beschlossen, wonach eine Lohnerhöhung von $\text{M} 12$ pro Stunde eintreten sollte; die genügendste Arbeitszeit, erfüllte der üblichen Pausen, sollte für die Zeit von 15. März bis zum 15. Oktober belohnt werden. Weiter wurden gefordert: Zeitdringlich notwendige Überleistungen 10 M Lüstschlag pro Stunde, gänzliche Abschaffung der Altförderarbeit, Auszahlung des Gehobes ledigen Sonnabend auf der Baustelle, vorbehaltlosem Panhuben und Worte und fiktisch, daß jeder Bürde den Nachweis stellen muß, daß er drei Jahre gelebt hat, bevor er Geesse erlangt wird. (Sollten die Pößnecker Kollegen es so genau ergründigt haben, daß man sich drei Jahre als Lehrzeit eingesogen werden kann, Betriebs des Streifonds sind es gar so Kollegen, die garnicht bezahlt haben, während 28 unter 32 Männern entnommen haben. Von dem Pößnecker der Leipzig Kollegen, ab 1. März 50 M pro Mann und Woche zum Streifonds zu zahlen, nahm die Verhandlung keinem. Auf Antrag des Kassiers wird die Gesamtverwaltung verpflichtet, allmonatlich eine Sitzung abzuhalten und die Tagesordnung der Versammlung vorzubereiten. Die Kollegen, deren Verbandsbuch abläuft, werden ganz besondern ermahnt, die nächste Versammlung zu besuchen, um die Erfahrungen in Empfang zu nehmen.)

Sehr traurig sieht es in Sonnenberg b. Wiesbaden mit dem Versammlungsrecht aus. In der letzten Versammlung, am 6. Februar, war noch nicht die Hälfte der Mitglieder anwesend, auch von der Verwaltung waren nur der Bevollmächtigte und der zweite Kassier zu Stelle. Die Mitglieder werden hiermit dringend aufgefordert, ihre Pflicht zu tun.

Eine Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Templin und Umgegend fand am 4. Februar zwecks Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1900 statt. Die Unternehmer, welche das Ereignis in der Verhandlung zugesichert hatten, waren leider nicht zur Stelle (sie hatten sich entschuldigt). Am Ende brachte Kollege W. Wiegler-Berlin ang. In längeren Ausführungen auf die Gründe, welche zu den neuen Forderungen anzuftauen waren. Die Verhandlung ihren Abschluß nicht erreichen. Kollege W. Wiegler-Berlin ging in längeren Ausführungen auf die Gründe, welche zu den neuen Forderungen anzuftauen waren. Die Verhandlung pflichtete dem einstimmig bei. Am Weiteren wurde beschlossen, daß die Sammlungen zum Streifonds mit dem 1. März beginnen und hat hierzu jeder Kollege pro Woche 15 M zu steuern.

Am 4. Februar tagte im Postamt des Herrn Springer die Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Ueckerndorf, welche von 26 Kollegen besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde den Kollegen an's Herz gelegt, recht rege für die Streifonds einzutreten und nicht nachlässig zu sein, wie es bisher der Fall war. Ferner wurde beschlossen, nicht eher den Kollegen eine Streifondskarte zu verabfolgen, ehe sie die

Märkte auch in diesem Jahre beizuhalten, die Verbreitung der selben aber zu gestalten.

Am 28. Januar hielt die Bahnhofsstelle Bötzdorf bei Laufkner eine qui besuchte öffentliche Versammlung mit Frauen ab mit der Tagesordnung: "Der Kampf um's Dasein". Kollege Schulz-Berlin hielt einen höchst interessanten Vortrag über die Leidenschaft und führte ungefähr Folgendes aus: "Jedes Weinen führt den Kampf um's Dasein. Ist es z. B. eine Pflicht, so wird sie stets eine andere schwächer zu unterdrücken suchen, um den Platz derselben für sich in Anspruch nehmen zu können. Dasselbe ist bei den Thieren der Fall, in erböhem Maße jedoch bei den Menschen. Da dieselben in zwei Klassen, die beständige und die bestolze, getheilt sind, hat die bestolze Klasse, das Proletariat, den Kampf unter bedeutender Unstätigkeit zu führen, als die bestolze Klasse. Der Kapitalist ist vermöge seiner besseren Schulbildung und seines Gehaltes in der Lage, den Arbeiter unterdrücken zu können. Das ist der Arbeiter auch von Staatswegen anders behandelt wird als der Kapitalist, wie der Arbeiter daran nach, daß für Gemeindebelange bei Weitem nicht der Befehl gegeben wird als bei den höheren, den Chancionen und Unterhälften. Der Arbeiter ist als Einzelner in diesen Kampf nutzlos und insgesamt gelungen, sich mit Seinesgleichen zusammenzuhalten in einer Organisation und so schlägt er Schüler mit Kollegen den Kampf um's Dasein zu führen. Aber nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen (Sozialdemokratischen) Organisation muss der Arbeiter mit Leib und Seele angehören. Auf allen Gebieten aus der Welt wird er Kenntnisse erwerben; denn Wissen ist Macht. Werden werdet ihr nunmehr an die Frauen, welche er auf ihre Rechtslosigkeit im heutigen Staate aufmerksam machen und sie aufzufordern, sich ebenfalls zu organisieren und sie selbst zu fordern. Die Arbeitnehmer bleiben noch mehrere Stunden in gemütlicher Unterhaltung beschäftigt. Zur Erhöhung der freudigen Stimmung der fröhlichen Gefangenverein der Männer durch Vortrag einiger berühmter Väter.

Am 27. Januar fand in Sangerhausen die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche zahlreich besucht war. Das Programm war an die letzte Versammlung eines Jahres mit einem begleiteten aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geflossen. Die Versammlungs-Teilnehmer blieben noch mehrere Stunden in gemütlicher Unterhaltung beschäftigt. Zur Erhöhung der freudigen Stimmung der fröhlichen Gefangenverein der Männer durch Vortrag einiger berühmter Väter in hohem Maße bei.

Am 27. Januar fand in Sangerhausen die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche sehr schwach besucht war. Kollege Faßb. Leipzig war zu dieser Versammlung eine geladen und auch erschienen. Es hatten sich in leichter Zeit unter den Mitgliedern gegeißelte Melbungen eingefügt, welche dazu angehört waren, den Verband und seine Entwicklung zu schädigen. Kollege Jacob legte den Mitgliedern an's Herz, daß nicht gegenwärtig zu befürchten, denn dadurch, daß wir dieses Jahr, könnten wir uns in unser eigenes Fleisch. Es ermahnte die Kollegen, treu zusammenzuhalten und die Streitkraft zu befreien, denn nur so könnten wir zu unserem Ziel gelangen. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Hohenstolz haben sich die Kollegen diebstahl zu befreien, genug genommen und handeln barnach. Es wurde nun zur Wahl der Verwaltungspersonen geschritten und wurden gewählt als Bevollmächtigter W. Stollberg, als Kassier R. Winterragel. Petreits der Lohnfrage wurde beschlossen, in diesem Jahr eine Forderung von $\text{M} 10$ Stundenlohn zu stellen. Unter Anderem wurden noch Schiedsverträge gegen den Unternehmer $\text{M} 15$ an $\text{M} 16$ laut, daß er sein gegebenes Versprechen nicht halte, denn die Lohnauszahlung erfolgt an gewisse Stellen nicht mehr auf dem Bau, sondern in leichter Abhöhung. Ebenfalls wurde der Kassenstall geladt. Es wurde beschlossen, Kollege Baumback durch einen Schreiber an seine Pflichten zu erinnern. Nachdem noch Kollege Jacob über verschiedene Punkte aufklärt, erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Die Bahnhofsstelle Schkeuditz hielt am 28. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche zahlreich besucht war. Das Programm war an die letzte Versammlung eines Jahres mit einem begleiteten aufgenommenen Hoch auf die modernen Verhandlungspersonen geschritten und wurde gewählt als Bevollmächtigter W. Stollberg, als Kassier R. Winterragel. Petreits der Lohnfrage wurde beschlossen, in diesem Jahr eine Forderung von $\text{M} 10$ Stundenlohn zu stellen. Unter Anderem wurden noch Schiedsverträge gegen den Unternehmer $\text{M} 15$ an $\text{M} 16$ laut, daß er sein gegebenes Versprechen nicht halte, denn die Lohnauszahlung erfolgt an gewisse Stellen nicht mehr auf dem Bau, sondern in leichter Abhöhung. Ebenfalls wurde der Kassenstall geladt. Es wurde beschlossen, Kollege Baumback durch einen Schreiber an seine Pflichten zu erinnern. Nachdem noch Kollege Jacob über verschiedene Punkte aufklärung gegeben, erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Die Bahnhofsstelle Schkeuditz hielt am 28. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Anfangsgerüchte wurden von den Arbeitnehmern als in guter Ordnung vorgebracht geschildert. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Max Wille und als Kassier Herm. Ohne gewählt. Zur Schließung von Streitigkeiten zwischen den Kollegen wurde das bestehende Schiedsgericht bestätigt. Die Bevollmächtigte ergab, daß 19 Kollegen noch mit ihren Verbandsbeiträgen im Rückstand sind; außerdem wurden noch vier Rentanten berichtet, die inzwischen zum Militär eingezogen werden sollen. Petreits des Streifonds sind es gar so Kollegen, die garnicht bezahlt haben, während 28 unter 32 Männern entnommen haben. Von dem Pößnecker der Leipzig Kollegen, ab 1. März 50 M pro Mann und Woche zum Streifonds zu zahlen, nahm die Verhandlung keinem. Auf Antrag des Kassiers wird die Gesamtverwaltung verpflichtet, allmonatlich eine Sitzung abzuhalten und die Tagesordnung der Versammlung vorzubereiten. Die Kollegen, deren Verbandsbuch abläuft, werden ganz besondern ermahnt, die nächste Versammlung zu besuchen.

Ein Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Templin und Umgegend fand am 4. Februar zwecks Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1900 statt. Die Unternehmer, welche das Ereignis in der Verhandlung zugesichert hatten, waren leider nicht zur Stelle (sie hatten sich entschuldigt). Am Ende brachte Kollege W. Wiegler-Berlin ang. In längeren Ausführungen auf die Gründe, welche zu den neuen Forderungen anzuftauen waren. Die Verhandlung ihren Abschluß nicht erreichen. Kollege W. Wiegler-Berlin ging in längeren Ausführungen auf die Gründe, welche zu den neuen Forderungen anzuftauen waren. Die Verhandlung pflichtete dem einstimmig bei. Am Weiteren wurde beschlossen, daß die Sammlungen zum Streifonds mit dem 1. März beginnen und hat hierzu jeder Kollege pro Woche 15 M zu steuern.

Am 4. Februar tagte im Postamt des Herrn Springer die Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Ueckerndorf, welche von 26 Kollegen besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde den Kollegen an's Herz gelegt, recht rege für die Streifonds einzutreten und nicht nachlässig zu sein, wie es bisher der Fall war. Ferner wurde beschlossen, nicht eher

vom vorigen Jahre in Rücksicht gebracht haben. Sodann wurde Kollege Kün als Delegierter zur Konferenz nach Stettin einstimmig gewählt und von der Versammlung M. 20 der Agitationsskommission überwiesen. Die Kollegen Franz Dörges, Max Will, Wilhelm Berndt und Erich Gerling wurden als Beobachtungsgesellschaft bestimmt. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bahnhofswandsbek hielt ihre Hauptversammlung am 20. Januar im Centralherberge ab. Aus den Geschäftsbüchern des Bevölkerungsvereins geht hervor, daß die Mitgliederzahl 182, gegen 145 im Vorjahr, beträgt. Der Versammlungsbetrag ist im letzten Jahr besser geworden, und können wir mit dem Verlauf des letzten Jahres zufrieden sein. Versammlungen haben 26 und Vorstandssitzungen 8 stattgefunden. In zwei Versammlungen sind Worte gehalten worden. Meiner forderte die Kollegen auf, durchzuhören, daß wir auch in diesem Jahre einen Fortschritt verzeichnen können. Die Abrechnung über die Beobachtungsergebnisse ergab eine Einnahme von M. 788,80 und eine Ausgabe von M. 581,65. Der Herrschaftlichen Verleute wurden M. 60 bewilligt. Des Weiteren wurde beschlossen, dem Centralstreitfonds M. 150 zu überweisen. Beschlusse wurde: Ein jedes Mitglied ist verpflichtet, einen Tafelabonnement von M. 4 zu entrichten. Die erste Hälfte soll bis zum 1. Juni, die ganze Summe bis zum 1. Oktober bezahlt sein, und zwar sollen die Hamburger Beobachtungsmarken nicht gerechnet werden. Der Beitrag wurde mehr bezahlt, so niedrig bemessen, weil die Versammlung der Meinung war, daß die Mitglieder, welche im Stande sind, mehr zu leisten, dieses wohl auch im Interesse der Sache tun werden. Es wurde lobend anmerkt, daß auch die Mehrzahl der Mitglieder im beschlossenen Jahr mehr Beobachtungsmarken genommen hat, als das festgesetzte Minimum. In die örtliche Verwaltung wurden die Kollegen A. Steinböck als erster Bevölkerungsleiter und H. Schärnebeck als erster Kassier gewählt. Gerau wie der Bevölkerungsverein für kurze Worte auf die Lohnbewegung der Hamburger Kollegen hin und wurde abschließend ein Antrag angenommen, welcher den Gesellenauskunftsbeamten, der Innung "Bauhütte", Wandsbek, die Hamburger Forderungen zu unterbreiten. Da wir 40 Mitglieder mehr im Verbundene haben, als Maurer im sozialdemokratischen Verein sind, so forderte Kollege Schärnebeck die Abwendung aus, daß wir zu streben, daß sich auch diese noch schieden Kollegen dem politischen Verein anschließen. Die Namen der mit dem Beitrag rückständigen Mitglieder wurden verlesen; wer länger als drei Monate rückständig ist, soll zur nächsten Versammlung einen geladen werden.

Die Bahnhofswandsbek Wittingen nahm in ihrer Versammlung am 4. Februar, die in Krefeld stattfand, bei Maurer undlegs Bimmerer als Mitglieder auf. Die von einigen Kollegen erhobenen Bedenken gegen den Nutzen des Verbundens wurden von dem Bevölkerungsverein bestreift und widerlegt. Über die Errichtung einer Spülzählpistille in Krefeld soll in der Versammlung am 11. Februar, die in Wittingen stattfindet, endgültig entschieden werden.

Die Bahnhofswandsbek Bielenzig hielt am 21. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Bevölkerungsverein war nur ein mäßiger. Der Bevölkerungsverein legte den Kollegen am 3. Februar, sich im neuen Jahr besser und zahlreicher an der Organisation zu beteiligen als im alten Jahr. Dann gebot er des verstorbenen Mitgliedes Rothenburg, dessen Andenken seitens der Anwesenden durch Erwähnen von den Plänen geachtet wurde. Der Kassenbericht wurde für richtig befunden. Kollege Karl Schulte wurde einstimmig als Bevölkerungsleiter wieder gewählt, derselben Kollege August Götsche als erster Kassier. Bevollmächtigter wurde, daß diejenigen Kollegen, welche die M. 2 zum Streitfonds noch nicht bezahlt haben, dies bis zum 1. März zu tun haben, da sonst andere Wahlen getroffen werden müssen. Ferner wurde beschlossen, daß alle Kollegen, welche in den Stadt- und eine Melle außerhalb derselben arbeiten, zu den Begegnungen verstorbenes Mitglieder erscheinen müssen. Wer ohne Entschuldigung ausbleibt, muß M. 1 Strafe bezahlen. Es wurde den Kollegen auch noch an's Herz gelegt, die Arbeitslohnstatistik genau zu führen. Nach einigen trostigen Worten des Bevollmächtigten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung geschlossen.

Stuttgarter.

Köln. Für die Hinterbliebenen des bei dem Hansemarsch in der Wollskirche verunglückten Stuttgarter sind nachträglich eingegangen: Tillite Bielefeld M. 27, Tillite Darmstadt M. 18,60, Liste Nr. 28 M. 8,40, Summa M. 49. Das Geld ist der Bevollmächtigung gemäß verwenbet worden.

Die Bezirksoren:

Jean Bauer, Friedrich Baureit, Bernhard Blumau,

*

Darmstadt. Am 26. Januar fand im Votale des Herrn Wurm eine nicht sehr zahlreiche besuchte Versammlung der Stuttgarter statt. Auf der Tagessitzung stand zunächst die Volksfrage. Kollege Stier beantragte, das Votale in der Brauerei "Zum grünen Laub" zu verlegen, was auch allgemein gutgeheißen wurde. Aus dem Berichte des Vorstandes über das verflossene Jahr ist zu hervorheben, daß die Verhältnisse der Firma nicht gerade sehr schlecht gestanden waren, trotzdem noch sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Die Arbeitszeit wurde von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt und der Lohn von M. 5,50 auf M. 6 täglich erhöht. Außerdienste werden nun noch von den nicht organisierten Kollegen auf einzelnen Arbeitsstellen ausgeführt, was hoffentlich auch nicht lange dauert. Die Zahl der organisierten Kollegen betrug am Schluß des 1. Quartals 29, Ende Juni 46, Ende September 38, Ende Dezember 20. Im Laufe des Jahres waren eingetreten 82, ausgereist 8, abgereist 41, gestrichen 2. Versammlungen fanden statt 25, davon Mitgliederversammlungen 23 und 2 öffentliche. In der ersten öffentlichen Versammlung vom 30. Mai referierte Kollege Odenthal, in der zweiten referierte Arbeitersekretär Müller. Die Gesamtteilnahme betrug M. 231,35. Davon für die Hauptstelle M. 225,48 und für die Filialstelle M. 10,87. Die Ausgaben betragen für die Hauptstelle M. 10,98, für die Filialstelle M. 99,15, so daß an die Hauptstelle M. 214,55 abgeführt werden konnten. Der Bestand der Filialstelle beträgt einschließlich des vorjährigen Kassenbestandes von M. 24,70, M. 61,42. Unterhaltungssaldo wurde gezeigt: an die freien Weißbinder M. 18,50, an die freien Kollegen in Frankfurt a. M. 23. Für die Ausgesparten in Dänemark wurden aus der Filialstelle M. 15,20 und durch Sammelliste M. 22 aufgebracht; an die freien Gläser aus

der Kasse M. 10 und durch Sammelliste M. 3. Zu Punkt 3: "Errichtung einer Zählpistille im Weiterstadt", wurde nach allgemeiner Debatte beschlossen, den Kollegen Gelegenheit zu geben, ihre Beiträge in Weiterstadt zu bezahlen, und wurde Kollege Stier mit dem Einzelnen derzeitigen betraut. Punkt 4: Bericht des "Grundstein" wurde vorläufig in der Weise erledigt, daß die Kollegen denselben Freitag im Vereinstatiale in Empfang nehmen können. Diejenigen Bogen, denen dies möglich ist, erhalten denselben Samstag Abend an der Hand. Zu Punkt 5 wurde ein Bevölkerungsbericht, welcher bestimmt, daß das Filialvermögen auf der städtischen Sparstube angelegt wird. Zur Erreichung von Geldern sind außer dem Kassier noch 2 Kollegen nötig, und wurden hierzu die Kollegen Heiner und Stier gewählt. Nach einer nun folgenden kurzen Debatte über die Aufstellung eines Fotografen hielt Kollege Stier eine in zutreffendem Wortschatze gehaltene Ansprache an die Anwesenden, worin er die Notwendigkeit darlegte, daß alle Kollegen dafür Sorge zu tragen hätten, alle nicht organisierten Kollegen über Zwecke und Ziele des Verbundes aufzuklären und denselben einzuführen.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 21. Januar erfolgte die Abrechnung vom vierter Quartal. Die Zahl der Mitglieder betrug zu Beginn des Quartals 806, eingetreten 2, abgesehen 3, gefrieden 6, bleibt Bestand 299. Die Gesamtteilnahme betrug für 2122 Beobachtungsmarken à 20 M. 424,10, 365 à 10 M. 22,80. Summa M. 494,20. Hierzu hat die Hauptstelle zu erhalten M. 322,94, wodurch die Gewährung des Hauptvermögens herausgeht; wodurch die Abrechnung vom 4. Quartal 1899, für die Hauptstelle M. 118,45, für den Ausflug M. 2 und 2 M. 21 für den Filialkassen M. 9,20. Summa M. 175,47. Das Filialvermögen betrug mit Jahresende M. 1978,62, an 85 1/2% der Beiträge M. 161,26, sonstige Einnahme M. 603,82, Summa M. 2744,80. Um Quartalsabschluß war der Bestand M. 241,92. Die Mitgliederzahl war im Januar 1899: 182, im Januar 1900: 299. In M. 1899 ist die Zahl um 117 Mitglieder stärker geworden. Die Kasse wurde für richtig befunden und dem Kassier Entlastung erteilt. Hierzu wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Von der Wahl eines ersten Vorstandes wurde bis auf weiteres Abstand genommen. Als erster Kassier wurde J. Weber gewählt. Abschließend erstattete Kollege Lehne Bericht betreffs der Handlungen mit den Maurern. Die Sache sei noch nicht ganz erledigt, indem die Maurer die Revolution der Güter und Stuttgarter nicht annehmen wollten. Innerhalb 14 Tage würde aber wahrscheinlich ein definitiver Bevölkerungsbericht gefordert werden. Entweder müßten die Hamburger Maurer unsere Motivation anerkennen, und nicht unter unserm Lohntarif, 70 Pf. pro Stunde, sparen, oder wenn sie dieses nicht eingehen wollten, müßten sie einfach aus dem Kartell ausgeschlossen werden. Hierzu erwähnte der Kassier, daß mehrere Kollegen ihre Verbindlichkeit nicht in Ordnung hätten, und ersucht die Mitglieder ihrer Pflicht nachzuhören.

Köln. Die Firma II hielt am 4. Januar ihre Generalversammlung ab. Kollege Müller erstattete seinen Bericht über die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde. Der Lohnsttarif soll in den ersten Tagen des Weitens unterbreitet werden. Diese haben sich auch eine neue Stuttgarterorganisation geschaffen, um Stellung zu nehmen gegen unsere Forderungen. So z. B. wollen die Herren Meister ein Gütekörner wählen, aber es soll nur aus Hessengleichen bestehen, um die Arbeitsbedingungen und die Löhne der Gehilfen festzusetzen. Kollege Windm. ermunterte die Kollegen, rasch zu agieren, bis wir alle am Platz beschäftigten Kollegen im Verbunde haben. Vorgeschritten wurde noch, daß ein Kollege der Lohnkommission bei einem Meister nominiert werden ist, und zwar von einem Mitgliede der Organisation. Die nächste Versammlung wird sich mit dieser Sache beschäftigen. Angemerkt wurde dann noch, daß bei etwaigen Sammlungen die Kollegen nur auf solche Listen zeichnen möchten, die vom Vorstand unserer Organisation gestempelt sind.

Krefeld. Am 28. Januar hielt die Krefelder ihre regelmäßige Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht des Vorstandes sind fünf öffentliche Versammlungen abgehalten worden, vier mit Referenten und eine ohne Referent. Weiter wurden vier General- und 16 Mitgliederversammlungen abgehalten. Meister fand sechs Vorstandssitzungen statt. Auch wurden vier Versammlungen für die Kollegen einzelner Firmen abgehalten. Weiter war die Firma vertreten mit zwei Delegierten im Kartell, einem Delegierten auf der Agitationsskonferenz in Düsseldorf und einem Delegierten bei der Bauten-Kontrollkommission. In einer allgemeinen Lohnbewegung konnte nicht eingetreten werden, jedoch hat die Lohnkommission Differenzen bei einer Firma zu Gunsten der Gehilfen erledigt. Ein obligatorischer Arbeitsnachweis wurde eingeführt, sowie die Grundlage einer Bibliothek geschaffen. Aus dem Streitfonds und der Filialstelle wurden M. 10 entnommen für die streitenden Weiber und jenseit M. 40 auf Weiber gesammelt. Laut Abrechnung sind verkauft 51 Einzelrebenmarken à 50 Pf. 1233 Beobachtungsmarken à 20 Pf. 447 à 10 Pf. 25 Extrafremdenmarken à 10 Pf. 25 und 25 Pf. Die Gesamtteilnahme betrug M. 382. Aufgeführt an die Hauptstelle M. 219, bleibt eine Einnahme für die Filialstelle von M. 118. Die Firma der Firma betrug M. 82. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres von 37 auf 65. In Beobachtungsmarken wurden verkauft 1140 Stück. Die Einnahme für den Lohnfonds betrug im Ganzen M. 122, davon ausgegeben M. 46,80. In Agitationssmarken wurden verkauft 1100 Stück, in Summe M. 55, dazu sonstige Einnahme M. 21,60. Ausgabe M. 54. Als Vorstand wurde Anton Dohmen und als erster Kassier Windm. Hindorf gewählt. Kollege Bülow erwähnte noch, es wäre ihm zu Ohren gekommen, daß eine Firma mit ihren Gehilfen allein verbündet wolle; wie das bei der vorherigen Lohnbewegung auch vorgekommen sei. Er ermahnte die Kollegen, dies durchaus zu verwerfen und sich auf derartige Machinationen nicht einzulassen.

Mannheim. Am 20. Januar fand die regelmäßige Generalversammlung der Krefelder statt. Vorstand erstattete ihren Jahres- resp. Kassenbericht. Im vierter Quartal hatten wir eine Einnahme von M. 155,40 und eine Ausgabe von M. 187,78. Das Filialvermögen beläuft sich auf M. 168,08. Die Abrechnung wurde von dem Rechtsanwalt und dem Vorstand für richtig befunden und dem Kassier Decharge erteilt. Als erster Vorstand wurde Kollege Valentin Weber, und als erster Kassier Valentin Jungblut gewählt. Die Reiseunterstützung wird vom Kassier Valentin Jungblut, T 4 Nr. 30, ausbezahlt.

Krankenkasse.

Berlin. Am Sonntag, den 28. Januar, tagte im Vereinslocal, Käfflestr. 10, eine ordentliche Mitgliederversammlung der Zentralaufrentkasse der Maurer zu "Grundstein zur Einigkeit". Vor Eintritt in die Tagessitzung teilte der Bevölkerungsverein mit, daß im vergangenen Quartal acht Mitglieder verstorben seien, denen zu Ehren sich die Bevölkerung von ihren Plätzen erhob. Sodann eröffnete der Kassier Bagatz die Sitzung mit dem vierter Quartal 1899. Die Einnahme betrug, insl. M. 1052,68 Bestand und M. 1500 Zufluss von der Hauptstelle, M. 35 882,48; die Ausgabe dagegen M. 34 382,12, wovon M. 3500 an die Hauptstelle gesandt wurden, so daß am Schlus des vierter Quartals ein Bestand von M. 980,36 verbleibt. Zum vierter Quartal erkannten 475 Mitglieder mit zusammen 8869 Krankenfallen. Davon wurden durch Betriebsunfälle 78 Mitglieder mit 1798 Tagen betroffen. Aufnahmen erfolgten 119. Die Mitgliederzahl beträgt 4258. Die Einnahme in der Sterbefallstelle betrug M. 122,80, mit der sich die Ausgabe, M. 6,14 Verwaltungskosten, und M. 116,66 an die Hauptstelle abgab, deß die Mitgliederzahl ist 181.

Die Jahresabrechnung für 1899 weist eine Gesamtteilnahme von M. 139 499,92 auf, insl. M. 312,88 Bestand und M. 14 500 Zufluss von der Hauptstelle. Die Gesamttausgabe betrug, insl. M. 16 000 an die Hauptstelle, M. 188 19,56, so daß am Schlus des Jahres der obige Bestand von M. 980,36 vorhanden ist. Die Neujahrsfeier bestätigte die Nichtigkeit der Abrechnung und kostete. Zum ersten Käffle wurde Schaff und zum zweiten Bevölkerungsverein Kosch gewählt.

Harburg. Die hiesige örtliche Verwaltungsstelle der Zentralstrassen und Sterbefallstelle der Maurer, Gipper, Stuttgarter u. "Grundstein zur Einigkeit" hielt am 28. Januar eine Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagessitzung: "Abrechnung vom 4. Quartal 1899", verlas der Kassier Wulff. Die Abrechnung der Kranken, sowie die der Sterbefallstelle der Mitglieder und deren Frauen. Beide wurden für richtig befunden und dem Käffle Decharge erteilt. (Das Interesse an dem Bericht wäre wesentlich erhöht worden, wenn der Verlegerstatter hier angegeben hätte, wie die Kasse nicht nur im letzten Quartal, sondern auch im ganzen Jahre arbeitete. Die W. Es folgte sodann die Wahl der örtlichen Verwaltung. Gewählt wurde als Bevölkerungsleiter Franz Krause, Krumholzberg 18, 3. Et., als Käffle M. Wulff. Sammliche Mitglieder der örtlichen Verwaltung gehörten dem Centralverbande der deutschen Maurer an. Zum Punkt "Beschlußes" fragte Preller an, in wie weit die Verwaltung mit der Meisterschen Klinik unterhandelt hätte bezüglich Behandlung der Kassenmitglieder. Der Bevölkerungsverein gab bekannt, daß hier wenig zu erwarten sei, es sei dies eine Privatklinik für Umbaubüro und auf eigene Rechnung. Abschließend stellte Wulff noch mit, daß die Mitgliederzahl um 26 zunahm, so daß dieselbe jetzt 180 beträgt. Er erfuhr die Mitglieder, nach bestreiten für die Kasse wirken zu wollen, die bereits die beste hier am Platze sei.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 19. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt geht wie her vor: Holzfrage und Reichstag. — Der französische Sozialismus und der Pariser Kongreß. Von Hubert Lagardelle. (Fortsetzung) — Militarismus und Sozialismus in England. Von A. Rauch. — Die Gewerbeaussicht im Deutschen Reich. Von Emanuel Wurm. I. — Literarische Rundschau: Gustav Dohmen, Der positive Monismus und das eiszeitliche Prinzip aller Erscheinungen. — Fauststollen: Die Erdölfärb. Von Max von Knebel-Dörr. — Historische Übersetzung von Wilhelm Thal. (Schub.)

Der neue Jahrgang 1900 der von der Buchhandlung "Vorwärts" herausgegebenen, ebenso bilden wie guten und hübsch ausgestalteten Romanbibliothek "In freien Stunden" (lit.-26 Seiten stark, Illustrationen) Wodenstefen von mir **10,-** beginnt in dem soeben aufgegebenen Heft 1 den Abbdruck eines der besten Romane des berühmten ungarischen Romanforschlers Maurus Tokai:

Das Erbe des Radobó, in der Originalübersetzung von L. Wechsler, mit Illustrationen des Partier Maler Leop. Braun. Mit diesem Roman hält sich die für Literatur befreundete einheimische Romanbibliothek auf der literarischen Höhe ihrer bisherigen Jahrgänge. Der neue Roman schürt uns in phantastischer Spannung die Verlotterung und Blasphemie des faulenzeigenden ungarischen Magnatentums; er kündigt aber schon das Erwachen des nationalen Bewußtseins und nationale Pflichterfüllung an — den notwendigen Voraussetzung für das soziale Erwachen jedes Volkes. Und über dem ganzen Roman liegt der Sonnenchein prächtigen Humors und heiterer Satire ausgespannt. Besonders drücken wir auch auf: "Kleine Feuerzangen" hinzuweisen, das in kleinen Sizzen, Novellen und Humoresken, in fikturgeschichtlichen und naturwissenschaftlichen Notizen, die Fülle des Interesses bietet und unter "Wit und Scherz" auch dem Humor eine kleine Seele anweist.

Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbibliothek für ihre Freunde und Kinder in ihrer Familie eine Stelle zu bereiten an Stelle der oft so wertlosen bürgerlichen Unterhaltungsstrenthen, die durchgängig heuer und schlechter ist als "In freien Stunden".

Jeder Buchporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Wettbewerbspreise von M. 1,20, Postzeitungskatalog Nr. 8777) nimmt Bestellungen auf diese 10,-Seiten, an. Man verfüge es wenigstens mit einem Probe-Abonnement auf "In freien Stunden".

Im Verlag von F. & W. Dieß Nachf. in Stuttgart sind soeben Heft 5 und 6 des "Arbeiterrecht" von Artur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags, erschienen.

Dem Werk direkt angeschlossen ist der Bürgerliche Gesetzbuch; Mit vielen Beispielen und Formular für Klagen, Anträge und Beschwerden usw.

Dem Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten & 24,- erscheinen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kölnerie entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Briefkasten.

M. W. 100: Nein, es sei denn, der Betreffende hätte aus der Post abommiert, was wir ja nicht wissen können.

Goldsberg i. d. M. W. Nachberührung Vorwärts, Berlin SW, Beuthstr. 2. — Jean Holze, Hamburg, Dresdnerstr. 45.

Braunschweig, M. W. Wenn das die Post erklärt hat,

so irrt sie.

Oppenheim, M. Ein Nachtrag auf den eing. begrenzten Raum unseres Blattes müssen wir davon Abstand nehmen, Bericht über Feuerlöscher zu veröffentlichen. In Zukunft wollen Sie die Berichte mit Tinte schreiben.

Heidelberg, Sch. Ihr Bericht eignet sich nicht zum

Abdruck.

Wetzlar. Wenn Sie wollen, daß auch aus der dortigen Zahlstelle etwas in unserem Blatte gebracht werde, so müssen Sie uns auch etwas berichten, was unsere Lefer interessiert. In den beiden letzten Berichten war nichts Wertvolles enthalten.

**Zentral-Verband
der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.**

Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.**Streifonds-Sammlung.**

Mit den Sammlungen für den Streifonds muss unverzüglich begonnen werden. Soweit es noch nicht geschaffen, erfüllen wir, diese Frage in allen Zahlstellen für die nächsten Mitgliederversammlungen auf die Tagesordnung zu setzen. Den Verfassungen empfehlen wir folgendes zur Beschlusffassung:

1. Die Einführung eines obligatorischen Wochenbeitrags für den Streifonds für mindestens 40 Wochen im Jahr, oder doch wenigstens die Feststellung einer Mindestleistung.

2. Die Einführung entsprechender Einrichtungen, daß die Mitglieder den Streifondsbeitrag allwochentlich zahlen können, sei es, daß der Beitrag allwochentlich aus der Wohnung des Mitglieder abgeholt wird oder, daß an jedem Sonnabend auf allen Arbeitsplätzen Sammelmaterial vorhanden ist. Um besten ist, wenn überall das Baubefreiheitssystem eingeführt wird.

Die in den Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse bezüglich des Streifonds sind für die einzelnen Mitglieder bindend. Streifondsbeiträge hat jedes einzelne Mitglied an dem Orte zu zahlen, wo es in Arbeit steht.

Sammelmaterial (Quittungskarten und Marken) ist fertig gestellt, wir verleihen solches aber nur auf Bestellung.

Anzeigen
(Anzeigen-Auszüge bis Dienstag Morgen 8 Uhr.)**Sterbetafel.**

Unter dieser Rubrik veröffentlichte vor alle Zulassung der Verbandsmitglieder, sowie vor alle innerhalb einer Woche nach dem Sterbedate Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Berlin II. Am 7. Februar verstarb unser Verbandskollege **Hermann Warnke** im Alter von 39 Jahren.

Gotha. Am 7. Februar verstarb unser Verbandskollege **Edm. Küttner** aus Trügelen im Alter von 51 Jahren.

Leipzig. Am Mittwoch, 7. Februar, verstarb an der Schwindsucht unser Verbandskollege **Gottlob Jührmann**, im Alter von 44 Jahren.

Vertreter gehörte seit 1883 der Organisation als thätiges Mitglied an.

Obervorstand. Am 11. Februar verstarb unser Verbandskollege **Wilhelm Dürré** im Alter von 28 Jahren.

Pinneberg. Am 7. Februar verschied nach langem, schwerem Leben unser treuer Verbandskollege **Bernhard Schwarz** im blühenden Alter von 26 Jahren.

Stellingen. Am 7. Februar starb nach langem, schwerem Leben unser Verbandskollege **Wilhelm Bekmann** im Alter von 33 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Gipser und Stukkateure
Hamburgs!**

Den Mitgliedern, insbesondere allen Bezirksfassionen, zu kennzeichnen, daß der Kollege **F. Weber**, wohnhaft Hamburg-St. Pauli, Almanahof 45, 3. Et., nunmehr zum Filialfassier für Hamburg, Altona und Umgegend gewählt wurde. Alle Gelder, wie auch Werbeangelegenheiten sind nicht mehr mit **A. Beck**, sondern mit **F. Weber** zu regeln.

[M. 8,90] **J. A.: E. Köster.**

Mittweida.

Unterzeichnete befürchten hiermit, daß Kollege **Anton Beyer** seinen Pflichten vollständig nachgekommen ist.

[M. 1,80] **Der Vertrauensmann.** Die Revisoren.

Beitragszahlung.

Die beitragsfreie Zeit endet mit diesem Monat; vom 1. März an sind die durch Statut festgesetzten Wochenbeiträge wieder zu zahlen. Die Höhe des Beitrages beträgt pro Woche 20 Pf. in Orten, wo ein Stundenlohn bis 35 Pf. verdient wird, in allen übrigen Orten 25 Pf.

Diejenigen Zahlstellen, welche bisher bei einem Lohn von über 25 Pf. nur 20 Pf. Beitrag zahlten, haben dom. 1. März an 25 Pf. zu zahlen. Wir erwarten von den hierfür in Betracht kommenden Zahlstellen Mittheilung, damit wir Marken in der Preislage von 25 Pf. senden können.

Vom Vorstande bestätigt

sind alle bisher neu gewählten Verwaltungsbärenten, soweit uns dieselben angemeldet wurden.

Von einer größeren Anzahl Zahlstellen sind die neuen Verwaltungen noch nicht angemeldet. Wir bitten, die Anmeldung recht bald zu besorge, damit wir das neue Abonnementserhebnis feststellen können.

Neue Adressen, die uns nicht bis zum 1. März mitgetheilt werden, können für das Verzeichnis keine Veröffentlichung mehr finden.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle **Alt-Damnn**: Carl Busch (Buch-Nr. 86789), Herm. Bröhm (Buch-Nr. 86791); **Bredow**: E. Fischer (Buch-Nr. 29499), Dr. Meiss (Buch-Nr. 46524); **Klunde** (Buch-Nr. 62126); **S. Witte** (Buch-Nr. 62153), G. Kotz (Buch-Nr. 82170), G. Weiß (Buch-Nr. 61431), F. Witte (Buch-Nr. 62175), Wilh. Thurow (Buch-Nr. 62178).

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Carl Mertens (Buch-Nr. 024552), Georg Meier (Buch-Nr. 32290), K. Krollmann (Buch-Nr. 37109), August Weiß (Buch-Nr. 37114), Peter Noos (Buch-Nr. 37101), Gustav Pötz (Buch-Nr. 0103593). Diese werden hiermit für ungültig erklärt.

Der Vorstand.

J. A.: G. Efftinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 6. bis 13. Februar 1900 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von den örtlichen Verwaltungen in Altona M. 106, Niendorf 10, Hamburg 666,65, Stellingen 145,80, Wismar 86,16,

Gütersloh 16,05, Kirchheim bei Heidelberg 16, Mühlstädt 7,20, Willich im Taunus 54,60, Waldheim in Sachsen 16,60, Nieder-Beerbach 8,61, Höllingen bei Durach 6,80, Wittenberge 9,61, Hohenlimburg 98,91, Mönchberg 42, Höchstädt am Main 34,10, Greifswald 43,84, Bienenbüttel 29,56, Elbing 16,20, Neiß 10, Neuhaldensleben 19,97, Scherstein 71,75, Rehden 33,25, Obersleben 33,99, Blankenburg 4,14, Hanau 27, Vergedorf 8,20, Heilbronn 115,66, Niederschönburg 104,93, Hof 58,32, Lübbene 5,12, Reinisch 26,35, Kirchhöfner 26,31, Pappenheim 16,52, Dudenholz (Gessen) 53,76, Neuenhamm 26,26, Aschaffenburg 15,60, Achselgen 11,40, Auerbach im Vogtland 16,40, Görlitz 8,90, Summa M. 2242,75.

Streifonds.

Berlin II. M. 30 000, Mannheim 100, Neumünster 4,80, Bremen 25,80, Lübbene 3,70, Wolmershausen 5,20, Waldbheim i. Sach. 2,90, Magdeburg 72, Wittenberge 33,88, Greifswald 1,44, Stavenhagen 31,40, Mühlborn 9,05, Wittenberg 5,40, Neuhaldensleben 15,98, Schierste 10,15, Neiß 7, Obersleben 3,20, Blankenburg 5,55, Quedlinburg 20, Hof 1,28, Rassel 34,45, Aschaffenburg 3,38, Neuengamme 4,74, Auerbach i. Vogtland 4,32, Summa M. 30 696,68.

Die Zahlstellen-Kassirer resp. Einnehmer von Geldern werden erfuhr, auf den Posthalterbüro genau anzugeben, wofür das eingeladene Geld bekannt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifondsbeiträge, sind nur an **J. Köster** zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 18. Februar 1900.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Bremerstr. 11, 1. Et.

Zentral-Frankenkasse
der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (c. H. III. 7).

In der Woche vom 4. bis 10. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Lübeck M. 200, Novawest 100, Elbing 80, Summa M. 380.

Zulassungen erhielten: Niedorf M. 300, Cannstatt 200, Nordmünd 200, Niedorf 200, Dresden 200, Pirna 150, Herbolzheim 150, Alt-Wartburg 150, Waldb-Michelburg 150, Kütt a. N. 150, Mühlheim 100, Eicher 100, Burgstadt 100, Mühlberg 100, Alabada 100, Höfen bei Cannstatt 100, Hannaburg 100, Quedlinburg 60, Eggersdorf 60, Torgelow 60, Gräfenhausen 50, Petersberg 50, Möhl i. Zauenburg 50, Schierstein 50, Zeterow 50, Lippoldshausen 50, Blankenburg 50, Summa M. 3060.

Altona, den 10. Februar 1900.

Karl Neiß, Hauptkassier, Friedrichsbaderstr. 28.

Wir kaufen

15 bis 20 gut erhalten Exemplare der Nr. 9 des „Grundstein“-Abdruck 1899.

Die Expedition des „Grundstein“.

*** Versammlungs-Anzeiger ***

Unter dieser Rubrik werden alte Versammlungen der dem Erziehungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 3 Seiten nicht überstreichen darf, beträgt 20 Pf. Die Anzeige müssen für jede Versammlung besonders eingeladen werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 17. Februar: Duisburg 8½ Uhr bei Herm. Bröhm, Alsterstr. 11. Eschelner aller Mitglieder notwendig.

Sonntag, 18. Februar:

Geesthacht 8 Uhr im Votanale des Herren. Geesthacht. Alle Kollegen werden erfuhr, die Versammlungen besser zu studiren. Tagezeitung 3 Uhr im Frankfurter Votanale. Tageszeitung 3 Uhr im Votanale.

Gransee 8 Uhr bei Herm. Bröhm, Herzberg (Elster) 11 Uhr bei Herrn Moritz. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Krefeld 8 Uhr im Verbandslokale bei Schmid, Ecke Krefelder- und Neupfarrstr. 2. O. Die Vorträge sind für alle Mitglieder offen.

Neuss 8 Uhr im Votanale. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Rheine 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Wesel 8 Uhr im Votanale bei Hermann. Die Vorträge sind für alle Mitglieder offen.

Wittenberg 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Wuppertal 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Würzburg 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

Zwickau 8 Uhr im Votanale. Das Eröffnen eines jeden Kollegen 8 Uhr.

J. Blume & Co.,

Hamburg.

EINGETRAGENE



SCHUTZ-MARKE

Muster und Preislisten gratis.

J. Blume & Co.,

Hamburg.

Quittungsmarken

und Kautschukstempel

liefern seit 22 Jahren

f. Täufchen-Rathen u. Vereine

Jean Holze,

Hamburg, Dresdnerstr. 46.

Verlag sozialistischer Bilder.

Fotoatlas der sozial. Partei 1898.

Illustrirte Preislisten gratis und franco.

Quittungsmarken,

Lokalfondsmarken, Streifondsmarken,

Quittungs-, Kontrollkarten, Sammelstufen

sowie alle Druckarbeiten

liefern sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleinitz-Lipzig.

Illustrirte Preislisten gratis.

Druck: Homb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt

Auer & Co. in Hamburg.